

SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen
 der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
 Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1,50 M.
 Der Couvert ist in die Postwertungsliste eingetragen.
 Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
 Telefon: Amt IV, 950.
 Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 8-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.
 Redaktionschluss
 am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
 Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
 Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 4.

Berlin, den 26. Januar 1908.

12. Jahrg.

Die Ergebnisse der Unfallversicherung im Jahre 1906.

Dieser Tage sind dem Reichstag die Nachweisungen über die gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1906 zugegangen. Die Unfallversicherung lag in dem genannten Jahr in den Händen von 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften (66 in 1905), 48 (48) land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, 205 (204) staatlichen und 322 (312) Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden und 14 (14) Versicherungsanstalten zur Selbstversicherung eines Teiles der Unternehmer im Bau und Seegewerbe. Es waren versichert: in 659 935 (637 611) gewerblichen Betrieben 8 625 500 (8 195 732) Personen, in 4 695 789 (4 658 826) landwirtschaftlichen Betrieben 11 189 071 (11 189 071) Personen. Reicht man in Betracht, daß in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, ca. 1 1/2 Millionen Arbeiter, die in den beiden Betriebsarten tätig sind, doppelt versichert sind, so ergibt das einen Kreis von rund 19 1/2 Millionen Personen, die von der Unfallversicherung erfasst werden. Hierzu kommen noch die in den Versicherungsanstalten Versicherten, deren Zahl nicht feststeht.

Von den 112 Berufsgenossenschaften wurden Ausgaben und Einnahmen in folgender Höhe nachgeteilt. Es wurden verausgabt:

	1906 Markt	1906 Markt
Entschädigungen	122 760 819	129 189 585
Vorsorge für Verletzte innerhalb der Wartezeit	701 592	714 071
Unfalluntersuchungen und Feststellung der Entschädigungen	4 815 170	4 511 510
Rechtskosten (Schiedsgerichte etc.)	1 785 198	1 987 417
Unfallversicherung	1 840 211	1 549 788
Verwaltungskosten	11 890 185	12 685 209
Sonstige Ausgaben	1 202 642	1 245 615
Einzüge in den Reservefonds	18 042 541	19 114 815
Gesamttausgabe	162 088 808	170 908 045
Gesamteinnahme	164 562 289	174 888 959

Der Vermögensbestand am Schlusse des Rechnungsjahres betrug 249 479 225 270 762 946

Sehr auffallend ist, daß neben den hohen Ausgaben für Unfalluntersuchungen und Feststellung der Entschädigungen nur etwa der dritte Teil dieser Summe für Unfallversicherung auszugeben wurden. Vorbeugend zu wirken, hatten die Berufsgenossenschaften offenbar für eine weniger wichtige Ausgabe. Dies unsophistische Mißverhältnis ist aber schon hinreichend erklärt, wenn wir daran erinnern, daß die Versicherten, um deren Gesundheit und Leben es sich handelt, auf die Bewahrung der Berufsgenossenschaften keinen Einfluß haben.

Die Versicherungsanstalten für das Baugewerbe, die der Tiefbau- und der Seeverberufsgenossenschaft versichert sind:

	1905 Markt	1906 Markt
Entschädigungen	1 857 996	1 915 166
Vorsorge für Verletzte innerhalb der Wartezeit	1 514	2 655
Kosten d. Unfalluntersuchungen, Feststellung d. Entschädigung, Unfallversicherung	108 428	110 562
Verwaltungskosten	471 918	481 128
Sonstige Ausgaben	961	9 029
Einzüge in Reservefonds	12 260	1 427
Gesamttausgabe	2 448 072	2 510 962
Gesamteinnahme	3 018 667	3 261 222
Vermögensbestand	11 494 712	12 853 496

Siehe mit die Minderablassung der Unfallvorsorge noch klarer in Erscheinung. Für Unfalluntersuchung, Feststellung der Entschädigungen und Unfallversicherung sind nur 110 561 M. verausgabt, während die Verwaltung allein viermal soviel kostete! Der sozialdemokratische Abgeordnete Bömelburg, Vorsitzender des Bauerverbandes, hat wiederholt im Reich-

tag die erschreckend hohe Zahl der Bauunfälle besprochen, die lediglich wegen Mangel an Unfallverhütungsmitteln entstanden sind, und auf die geringfügige Tätigkeit der Baugewerksberufsgenossenschaften hinsichtlich der Unfallverhütung verwiesen. Selbst der Regierungsvertreter mußte dem sozialdemokratischen Kritiker Recht geben und teilte mit, die Berufsgenossenschaften seien amtlich angehalten worden, auf dem Gebiete mehr zu tun. Wie man sieht, ist es doch beim alten geblieben. So lange die Berufsgenossenschaftsleiter in dieser Weise die Unfallverhütungsmittel als nebensächliche Größen behandeln, haben die Unternehmer mindestens kein Recht, über das Steigen der Laster zu räsonnieren.

Dagegen haben die Arbeiter alle Ursache, auf Grund auch der neuesten Berufsgenossenschaftsberichte schwere Anklagen gegen das herrschende System zu erheben. Die Arbeiter sind es, deren blutiges Mißverhältnis gewaltig angeschwollen ist! Keine noch so hohe Entschädigung — und sie sind in Wirklichkeit recht niedrig — kann den Verlust der gesunden Gliedmaßen oder den Witwen und Waisen ihren verunglückten Ernährer ersetzen. Die Unfälle haben auch im Berichtsjahre gewaltig zugenommen!

Es gelangten zur Anmeldung:

	1905	1906
Bei den Berufsgenossenschaften	559 884	594 192
„ „ Ausführungsbehörden	40 268	47 890
„ „ Versicherungsanstalten	8 598	8 501
Zusammen	609 180	645 588

Also eine Zunahme der vorgekommenen Unfälle um 36 408. Trotz dieser Zunahme ist die Zahl der entschädigten, also nach 13 Wochen noch nicht geheilt oder schweren Unfälle zurückgegangen und zwar von 141 121 im Vorjahre auf 139 726 in 1906, also um 1395. Leider haben wir keine Ursache anzunehmen, daß dieser Rückgang einer Zunahme der leichteren Unfälle auf Kosten der schwereren zu verdanken ist. Ist doch die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang wiederum in die Höhe gegangen: von 8928 auf 9141. Wir stehen hier vielmehr einem Anstiege der neuerdings immer mehr geübten Praxis der Berufsgenossenschaften gegenüber, die darin besteht, mit Hilfe ihrer „Vertrauensärzte“ den unglücklichen Verletzten die Rente herabzudrücken oder sie ihnen ganz wegzuprozeffieren. Weitere Anhaltspunkte für diese Annahme bietet die Verteilung der entschädigungs-pflichtigen Unfälle auf die einzelnen Versicherungsgruppen.

Es wurden erstmalig entschädigt:

	1905	1906
von den Unfällen auf 1000 über-		
haupt Ver-		
scherte		
Gewerbl. Berufsgenossensch.	68360 8,34	71227 8,26
Landwirtsch.	66385 5,98	61887 5,53
Ausführungsbehörden	5092 5,93	5169 5,86
Versicherungsanstalten	1384 —	1448 —

Hier zeigt es sich, daß der gesamte absolute Rückgang der entschädigten Unfälle einzig auf das Konto der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu setzen ist, während die übrigen Versicherungsgruppen sogar eine kleine absolute Zunahme zu verzeichnen haben, der allerdings gleichfalls eine relative Abnahme im Verhältnis zur Zahl der Versicherten entspricht. Offenbar haben unsere Agrarier inzwischen etwas von der Kunst der Rentenquartierung von ihren industriellen Kollegen gelernt. — und skrupellos und egoistisch, wie sie nun einmal sind — üben sie diese Kunst sofort mit überlegender Meisterschaft aus. Hoffentlich wird der Ehrgeiz der gewerblichen Berufsgenossenschaften durch diese „Erfolge“ nicht in der Weise angefeuert, daß nimmehr sein ebler Wettstreit zwischen den beiden Organisationsgruppen um den Rekord des niedrigsten Prozentsatzes der entschädigten Unfälle entsteht.

Was die Unfallfolgen anbelangt, so ergeben die diesmal veröffentlichten Nachweisungen zusammengefaßt mit den früheren folgendes Bild. Es wurden in den genannten Versicherungsorganisationen (mit Ausnahme der 14 Versicherungsanstalten des Baugewerbes etc.) festgestellt:

ent-	schädigte Unfälle	T o d	Dauernbe		vorüber-
			Erwerbsunfähigkeit	teilweise	
1901	116089	8359	1416	54340	51974
1902	119901	7842	1896	55264	55399
1903	127947	8286	1517	58129	60066
1904	186126	8552	1578	62568	68538
1905	189787	8757	1476	68580	66024
1906	188288	8970	1554	60814	67045

Diese Zahlen reden dieselbe Sprache wie die vorher genannten. Seit dem Jahre 1904 macht sich das Bestreben geltend, die Zahl der Fälle, in denen dauernde völlige oder teilweise Erwerbsunfähigkeit entschädigt wird, herabzudrücken zu Gunsten der Fälle, in denen nur vorübergehende Unterfertigung gewährt wird. Daß dieses Ziel nicht nur auf dem Wege einer verbesserten Selbstbehandlung, die den Verletzten tatsächlich in den vollen oder doch größeren Besitz seiner Arbeitskraft setzt, sondern vielmehr in erster Linie durch das erwähnte, immer rigorosere Vorgehen bei der Festsetzung der Entschädigungen erreicht wird, ist eine leider nur zu bekannte Tatsache. Die Jahresberichte unserer Arbeitsekretariate enthalten ja geradezu haarsträubende Schilderungen des Vorgehens der Berufsgenossenschaften und ihrer Beauftragten gegenüber den unglücklichen Opfern der Industrie und der Landwirtschaft und bilden dadurch unerhörliche Fundgruben für den Forscher nach dem Werte unserer Arbeiterversicherung.

Wenn noch ein Zweifel in dieser Beziehung bestehen könnte, so würde er widerlegt durch eine Gegenüberstellung der Unfallfolgen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften und den staatlichen z. B. Ausführungsbehörden. Im Jahre 1906 wurden entschädigungs-pflichtige Unfälle auf je 1000 Versicherte festgestellt:

	über-	T o d	Dauernbe	vorüber-
	haupt		Erwerbsunfähig-	gehende
			völlig	Erwerbs-
			teilweise	unfähigkeit
Gewerbl. Berufs-	8,26	0,68	0,07	3,49
staatliche Aus-	6,47	0,94	0,39	2,69
führungsbehörd.				2,45

Während also die Zahl der tödlichen Unfälle in den Staatsbetrieben nur um ein geringes überwiegt, ist die der mit dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit verknüpften über fünfmal so groß wie bei den Berufsgenossenschaften. Dagegen sind die Fälle dauernder teilweiser Erwerbsunfähigkeit sogar bedeutend größer als bei den letzteren. Es kann hier nicht die Rede sein von einer so großen tatsächlichen Verschiedenheit der Unfallfolgen, sondern es beweist dies nur, daß die Verwaltungsorgane der staatlichen Versicherungsbehörden immer noch etwas arbeiterfreundlicher sind, als die der Unternehmergenossenschaften. Um so dringender erhebt sich die Forderung nach einer gründlichen Aenderung dieser Verhältnisse.

Die Streiks und Aussperrungen nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik.

Die seit dem Jahre 1899 im Reichsstatistischen Amt bearbeitete und von diesem herausgegebene Statistik über die Streiks und Aussperrungen weist Jahr für Jahr erhebliche Abweichungen von den in der gewerkschaftlichen Statistik enthaltenen Zahlen auf und gab der Generalkommission von vornherein Veranlassung, diese Statistik mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Von 1901 ab wurden die in der amtlichen Statistik verzeichneten einzelnen Streikfälle mit denen der gewerkschaftlichen Statistik verglichen und die Ergebnisse wurden für die Jahre 1901 bis 1904 veröffentlicht. Auch für 1905 wurde der Vergleich vorgenommen. Infolge Arbeitsüberbürdung konnte die umfangreiche Vergleichsarbeit erst in diesem Jahre beendet werden und wurde deshalb bisher von einer Veröffentlichung des Ergebnisses Abstand genommen. Die Ergebnisse der Vergleiche waren stets dieselben; sie erbrachten in jedem Jahre die schlagendsten Beweise dafür, daß die amtliche Streikstatistik nach keiner Richtung hin den Anforderungen zu genügen vermag.

die man an eine amtlicherseits veranstaltete Erhebung zu stellen berechtigt ist.

Die Vergleiche ergaben, daß die amtliche Statistik alljährlich nur etwa vier Fünftel aller Streiks und Ausperrungen umfaßt und deshalb als höchst unvollkommen bezeichnet werden muß, sie ergaben ferner aber auch, daß die näheren Angaben über die örtliche und zeitliche Verteilung der Arbeitskämpfe, über Umfang, Dauer und Resultat derselben äußerst unzuverlässig, in vielen Fällen direkt unzutreffend sind.

Der Aufbau dieser Statistik läßt einen Vergleich der einzelnen darin verzeichneten Kämpfe mit denen aus der gewerkschaftlichen Streitstatistik nur in beschränktem Maße zu. Als Merkmale bei einer Vergleichung dienen die Angaben über Ort und Gewerbe, in dem der Kampf stattfand, Beginn- und Beendigungsdatum, Zahl der Beteiligten und Resultat.

Die amtliche Statistik für 1905 über 2403 Streiks mit 438 145 Beteiligten, 254 Ausperrungen mit 118 665 Beteiligten und 18 Matausperrungen mit 6404 Beteiligten, zusammen also über 2675 Kämpfe und 533 214 Beteiligte.

In der gewerkschaftlichen Statistik fehlen von den amtlich registrierten Kämpfen 822 mit zusammen 42 571 Beteiligten und in der amtlichen Statistik fehlen 587 Kämpfe mit zusammen 13 020 Beteiligten, die in der gewerkschaftlichen Statistik verzeichnet sind.

Die gewerkschaftliche Streitstatistik erstreckt sich nur auf die von den Zentralverbänden geführten Kämpfe und kann folglich nicht alle in Deutschland vorkommenden Arbeitskämpfe umfassen. Die amtliche Statistik dagegen soll alle Streiks und Ausperrungen ohne Ausnahme umfassen.

Da aber im Jahre 1905 nicht 939 Streiks oder Ausperrungen stattgefunden haben, an denen die gewerkschaftlichen Zentralorganationen gänzlich unbeteiligt gewesen wären, so ergibt sich daraus, daß in der amtlichen Statistik ein großer Teil der Lohnbewegungen, die ohne Arbeitseinstellung verlaufen, als Streiks gezählt worden sind. Das sind Inkorrektheiten, für die weniger das Statistische Amt, als die mit den Erhebungen betrauten Stellen verantwortlich zu machen sind.

Ergebnis der Vergleichung für das Jahr 1905.

Table with 5 columns: Gewerbe, Streiks und Ausperrungen (amtlich), Streiks und Ausperrungen (gewerkschaftl. Statistik), Beteiligte (amtlich), Beteiligte (gewerkschaftl. Statistik). Rows include Bäcker, Bauhilfsarbeiter, Maurer, Zimmerer, Bauunternehmung, Bergarbeiter, Bildhauer, Böttcher, Brauereiarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Buchdruckereihilfsarbeiter, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Fleischer, Gärtner, Glasarbeiter, Glaser, Graveure, Hafnarbeiter, Transportarbeiter, Handschuhmacher, Holzarbeiter, Putzmacher, Kupferarbeiten, Milchner, Lederarbeiter, Lithographen, Maler, Malchmisten, Metallarbeiter, Mühlenarbeiter, Portefeutler, Porzellanarbeiter, Sattler, Schiffszimmerer, Schmiede, Schneider, Schuhmacher, Steinarbeiter, Steinboyer, Stukkateure, Tabakarbeiter, Tapezierer, Textilarbeiter, Töpfer, Vergolder, Wäschearbeiter, Werftarbeiter, Zigarrensortierer, Verschiedene.

Summa . . . 822 42571 587 18020

In Nowawes streikten 191 Textilarbeiter über ein Bierjahr. Der Streik ist in der amtlichen Statistik nicht verzeichnet.

In Berlin, Berlin-Reinickendorf und Berlin-Wilmersdorf fanden 41 Einzelstreiks der Holzarbeiter statt, darunter ein Streik mit 278 Beteiligten, von denen das Statistische Amt keine Kenntnis hatte.

In München streikten 437 Metallarbeiter 37 Tage in der Abwehr. Der Streik endete mit bestem Erfolg. In der amtlichen Statistik ist derselbe nicht enthalten.

Wir könnten die Liste noch bedeutend verlängern, doch diese wenigen Beispiele dürften genügen, die Unzuverlässigkeit der amtlichen Statistik erkennen zu lassen.

In den Jahren 1901 bis 1905 fehlten in der amtlichen Statistik nicht weniger als 2085 Streiks und Ausperrungen, an denen insgesamt 42 776 Personen beteiligt waren.

Nach der Gewerkschaftsstatistik haben im diesem Zeitraum 6818 Arbeitskämpfe stattgefunden, im Durchschnitt pro Jahr 1363. Davon sind in der amtlichen Statistik nicht enthalten durchschnittlich pro Jahr 417 oder 30,5 pCt. Es hat also in dem Zeitraum von 1901 bis 1905 nahezu der dritte Teil der gewerkschaftlich registrierten Streiks und Ausperrungen in der amtlichen Statistik keine Aufnahme gefunden.

Von Seiten der Regierung wurden aber bisher keine Schritte unternommen, die eine Besserung dieses unhaltbaren Zustandes erwarten lassen. Dagegen hat das Statistische Amt die Statistik so gestaltet, daß die darin enthaltenen Fehler und Mängel nur schwer kontrollierbar sind.

Zum Vereinsgesetzentwurf.

Die Gesellschaft für soziale Reform hat durch ihren ständigen Ausschuss eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag gerichtet, in der sie zu dem neuen Vereinsgesetz Stellung nimmt. Die Eingabe, die von dem Vorsitzenden der Gesellschaft, Staatsminister Freiherrn v. Berlepsch und dem Generalsekretär Professor Dr. Franke unterzeichnet ist, erklärt den Entwurf als einen erheblichen Fortschritt für die Vereine, Berufsorganisationen und Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten.

Unter voller Anerkennung dieser Fortschritte hege die Gesellschaft aber doch auch wieder ernste Bedenken gegen den Entwurf, namentlich mit Rücksicht auf die Auslegung, die obergerichtliche Entscheidung in den Begriffen der öffentlichen Angelegenheit, des Zweckes der Versammlung und der öffentlichen Versammlung gegeben haben. Wörtlich heißt es in der Eingabe:

Wenn auch künftig auf Grund des neuen Gesetzes jedes Anrufen der Gesetzgebung oder der staatlichen Organe im Interesse des Volkes, wenn die Bestrebungen eines Vereins zur Hebung der tatsächlichen und sozialen Stellung von Berufsangehörigen, wenn Beschränkungen der Arbeitszeit, Anstandsruhe und ähnliche Fragen als öffentliche Angelegenheiten angesehen werden, wenn aus einer tatsächlichen Einwirkung in einzelnen Fällen ohne Rechtszerrtum gefolgert werden kann, daß der Verein eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheit bezweckt, wenn es auch ferner möglich ist, eine Versammlung schon dann als vorhanden anzunehmen, wenn vier Personen zu einer Besprechung sich um einen Tisch herumsitzen, dann werden die Rechte der Arbeiter und Angestellten auch fortan vielfachen Beschränkungen ausgesetzt sein, die in ihrem und Mißbrauch wurzeln und zu Blagereien empfindlicher Art ausarten können.

Auch die Vorchrift des §. 7 des Entwurfes, wonach die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache zu führen sind, bedeutet eine ernste Gefahr für die Arbeitervereine und die Arbeitervereine, die in den Grenzgebieten des Reiches und den großen Zentren der Industrie zahlreiche Mitglieder haben, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

Table comparing 'Amtliche Statistik' and 'Gewerkschaftliche Statistik' across years 1901-1905. Columns include: Jahr, Streiks (Zahl, Beteiligte), Ausperrungen (Zahl, Beteiligte), Zusammen (Zahl, Beteiligte) for both types of statistics.

dieser Bestimmung eine erhebliche Erschwerung ihrer Wirksamkeit und eine Einschränkung ihrer verborgenen Tätigkeit unter den fremdsprachlichen Verhältnissen. Daß Arbeiter, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, verhindert werden können, in öffentlichen Versammlungen ihre sozialpolitischen Interessen zu erörtern und zu vertreten, um sich über die wirtschaftliche und geistige Hebung ihres Standes, über die Bedingungen eines Tarifvertrages zu verständigen, erscheint nicht nur unbillig, sondern auch als eine durch das Gesetz herbeigeführte Schwächung der Lage der Arbeiter im Falle des wirtschaftlichen Kampfes, somit als eine Ungerechtigkeit, deren die staatliche Gesetzgebung sich nicht schuldig machen darf.

Der Verein tritt weiter auch für das Recht der ausländischen Arbeiter ein, Vereine zu bilden und Versammlungen abzuhalten, verlangt eine Verlängerung der Frist für die Einreichung der Satzungen und des Vorstandsberichts und fordert endlich den Fortfall der sehr dehnbaren und bedeutungsfähigen Bestimmung in § 9 Ziffer 4, wonach die Polizei sich bei Anträgen zu verfolgenden Vergehens enthalten, in einer öffentlichen Versammlung einschreiten kann.

Nicht ganz so einwandfrei ist, von unserem Standpunkt wenigstens, die Stellung, die die Eingabe zur Frage des Koalitionsrechtes der ländlichen Arbeiter einnimmt. Es heißt da:

Soweit das Koalitionsrecht der gewerblichen Arbeiter in Frage steht, sieht sie eine Gefahr (einer Verschlechterung) in dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht. Dagegen erscheint es zutreffend, daß die Bestimmung des § 16 des Entwurfs, wonach die Vorschriften des Landesrechts in bezug auf Verbindungen und Verabredungen ländlicher Arbeiter und Dienstboten von dem Gesetz unberührt bleiben, eine Verschlechterung ihrer Lage in bezug auf das Koalitionsrecht bedeuten kann. Die Gesellschaft für soziale Reform hält die Vorenthaltung des Koalitionsrechtes, das allen Unternehmern und den gewerblichen Arbeitern zusteht, für eine nicht zu rechtfertigende Ungerechtigkeit gegen die ländlichen Arbeiter und Dienstboten. Sie tritt entschieden für die Beseitigung dieses Koalitionsverbotes ein. Wenn sie davon absteht, ihre Stimme zugunsten einer Beseitigung dieses Verbotes in dem vorliegenden Gesetzentwurf zu erheben, so geschieht dies auf Grund der Erwägung, daß die Besorgnis naheliegt, die Verabschiedung des Gesetzes in dem von ihr gewünschten Sinne könne an der Frage des Koalitionsrechtes der ländlichen Arbeiter scheitern, und auf Grund der Erwartung, daß demnächst das ganze Koalitionsrecht der Arbeiter eine Neuregelung im Wege der Gesetzgebung erfahren wird. Schon für jetzt erscheint es ihr aber wünschenswert, daß der erwähnte Passus des § 16 in Wegfall kommt.

Wenn die Gesellschaft für soziale Reform die Vorenthaltung des Koalitionsrechtes für eine nicht zu rechtfertigende Ungerechtigkeit hält, dann hätte sie ein berechtigtes Interesse etwas energischer dagegen aufzutreten müssen, als es hier geschieht.

Aus unserem Beruf.

Automobilfahrer.

Berlin. Darf ein Automobilfahrer in Berlin während des Dienstes eine Fahrt zu sich nehmen? Nach der Berliner Polizeiverordnung, wie sie von den Schutzleuten ausgelegt wird, darf der Fahrer das nicht; es sei denn, er steck sich die Tasche voll Bonbons zc. Es wird mancher Leser fragen: Was hat denn die Polizei mit dem Essen der Droschkenführer zu tun, hat sie denn nicht auf andere Sachen abzugeben? Unsere Polizei kümmert sich eben um alles. Die Automobilfahrer bekommen Anzeigen über Anzeigen, z. B. wegen überzählig Auffahren auf den Halteplätzen, dann wenn der Fahrer nicht bei seinem Wagen ist; ferner wenn der Wagen außerhalb des Halteplatzes steht. Kurz und gut, die Fahrer können sich drehen und wenden, wie sie wollen, wenn ein Schutzmann kommt welcher anscheinend noch nicht die genübende Zahl Anzeigen in seinem Buche hat, ist immer ein Grund zum Anzeigen da. Dieses resultiert aber daher, weil die Polizei den Automobilfahrerführer im Verkehr noch genau so behandelt, wie den Pferdeprokurenführer.

Und doch ist zwischen beiden ein Unterschied wie Tag und Nacht. Für die Pferdeprokuren kommt in Betracht, daß die Fahrer vermöge der vielen Halteplätze, welche ihnen in allen Stadtteilen zu stehen, eher in der Lage sind, an einem Platz aufzufahren, an welchem sie die Gelegenheit haben, ihre Lebensbedürfnisse zu befriedigen zu können. Dazu kommt, daß die Pferde daran gewöhnt sind, von selbst nachzurücken. Außerdem gibt es auch immer noch an den größeren Halteplätzen den sogenannten „Platzmajor“, der für Ordnung sorgt. Ganz anders ist es aber bei dem Automobil. Hier ist der Fahrer beim Wagen unentbehrlich. Die Maschine rückt nicht allein nach, es kann auch kein anderer Mensch für Ordnung sorgen, weil der Mechanismus fast an jedem Wagen ein anderer ist. Wo der Fahrer den Wagen hinwinkt, muß er eben stehen bleiben, bis derselbe Fahrer eben selbst wieder Hand ans Werk legt. So bleibt der Automobilfahrer gegenüber dem Pferdeprokuren am Halteplatz auch beständig in Arbeit. Hinzu kommt, daß die verkehrreichen Halteplätze so liegen, daß dem Fahrer durch diese Lage nicht Gelegenheit geben wird, sich zu restaurieren. Wieviel wird ein Fahrer von der

Polizei z. B. schikaniert, wenn er eine Tasse Kaffee trinken will, ein Getränk, das nun einmal viele Menschen zur Erhaltung ihrer Spannkraft haben müssen. Kaffee gibt es aber nicht in allen Lokalen zu jeder Tageszeit. Da suchen sich nun selbstverständlich die Fahrer die Spezial-Kaffee-lokale auf. Ein solches befindet sich nun für die Fahrer am gelegentesten an der Mittel- Ecke, Charlottenstraße, welches auch stark besucht wird. Hier ist der Verkehr nicht allzu reger. Verkehrsstörungen sind durch das Halten der Wagen noch niemals vorgekommen, und die Fahrer können vom Lokal aus die Wagen übersehen. Genau so verhält es sich z. B. mit dem Speiselokal Mittel- Ecke, Schadowstraße. Hier ist am Tage ganz wenig und des Abends überhaupt kein Verkehr, und der Wirt stellt immer noch jemand zur Ueberwachung der Wagen. Aber wo es am ruhigsten ist, da ist gewöhnlich die Polizei am tätigsten. Hier zeigen manche Schutzleute ihre Bravour.

Wir hatten öfter Gelegenheit, die Sache zu beobachten, wie verschieden die Meinung der Schutzmannen ist. Der eine Herr bestand darauf, gerade als die Fahrer bei einem Imbiß waren, sie sollten herankommen und die Wagen auf den Halteplatz fahren. Hier muß bemerkt werden, es war abends kurz vor 10 Uhr, eine verkehrarme Zeit, welche die Fahrer gewöhnlich zu ihrer Restaurierung benutzen. Der Schutzmann meinte, wenn die Wagen auf dem Halteplatz stehen, dann könnten die Fahrer ruhig essen gehen, da sage er nichts. Nachdem einige Fahrer diesen Rat befolgt hatten, wurde der Schutzmann abgelöst. Sein Nachfolger war nun aber anderer Meinung; der verlängerte nun, sobald der Wagen auf dem Halteplatz steht, hat der Fahrer dabei zu sein. Da hilft denn bei einem solchen Manne ein Hinweis auf das Kuriosum in der Polizeiverordnung nichts. Wenn sein Wille nicht sogleich befolgt wird, hagelt es Anzeigen; er fühlt ja nichts davon.

Dies ist nur ein Beispiel; in den anderen Stadtteilen ist es nicht viel besser. Das sind die verschiedenartigen Auffassungen von Beamten aus einem Polizeirevier. Wie verschieden nun erst die Meinungen und Begriffe zwischen Verkehrs- und Revierebeamten sind, werden wir später einmal beleuchten. Fast jeder Schutzmann besitzt eine andere Auslegung der Polizeiverordnung. Aber auch jeder Schutzmann beschwört seine Ueberzeugung vor Gericht und die Richter urteilen demgemäß. Es ist wirklich nicht leicht, ein patriotischer Preuze zu sein.

Ein Militärgerichtsurteil. Am Montag den 14. Oktober vorigen Jahres, abends gegen 5 1/2 Uhr, scheuten auf der Chaussee zwischen Bernsdorf und Schay die Pferde des Händlers Fischer aus Schay vor einem herankommenden Automobil und gingen querselbst durch. Der Kutschwagen wurde bei dieser Gelegenheit total zertrümmert, Fischer selbst vom Wagen geschleudert, ohne eine Verletzung davonzutragen. Ein anderer Wageninsasse, der Privatius Steingrüber aus Dresden, konnte sich noch rechtzeitig durch Abspringen retten, während der Pferdewechter, der sich kurz vor dem Unfälle am Kopfe des einen Pferdes aufgeklebt hatte, ein Stück mit fortgerissen wurde, ohne Verletzungen zu erleiden. Nur der Privatius will sich beim Hinunterpringen innerlich verletzt und infolge des ausgestandenen Schreckens eine nervöse Krankheit zugezogen haben. Das Automobil, von seinem Eigentümer Herrn Rittmeister v. Arnim vom Dschager Manenregiment gesteuert, hielt nach dem Unfälle sofort und der Rittmeister erklärte sich nach Nennung seines Namens bereit, den angeblich verletzten Privatius nach Schay mitzunehmen. Das Angebot wurde nicht akzeptiert. Das Unglück hatte sich in der Nähe des sogenannten „Weißen Schlosses“ ereignet. Der Material- und Verschaden wird von dem Inhaber des Fuhrwerkes auf annähernd 800 Mk. geschätzt. Die Pferde wurden später mit diversen Wunden wieder eingefangen. Der Privatius Steingrüber schätzte das Vermögen des Rittmeisters auf 30 000 000 Mark und machte eine vorläufige Schadenersatzklage in Höhe von 25 000 Mk. gegen ihn bei dem Leipziger Landgericht anhängig. Gleichzeitig stellte er auch gegen v. Arnim Strafantrag wegen fahrlässiger Körperverletzung. Der Angeklagte ist bereits mehrfach wegen zu schnellen Fahrens bestraft worden. Nach seiner Darstellung trifft ihn eine Schuld nicht. Diese Angaben wurden von den Insassen des Automobils bestätigt. Der Inhaber des verunglückten Wagens, der Pferdehändler Fischer, sein Knecht, sowie der Privatius Steingrüber erklärten demgegenüber, daß der Kraftwagen mit übermäßiger Schnelligkeit, wie ein Blitz, aus dem Walde heraustrat. Durch den Staub und die Hüpfen der Pferde seien die Pferde schon geworden; man habe die Insassen des Automobils durch Zurufe und Winken mit der Peitsche auf die Gefahr aufmerksam gemacht, um sie zum Halten zu veranlassen. Dann seien die Tiere kurz vor dem Passieren des Autos schon geworden und durchgegangen. Nach umfangreicher Beweisaufnahme erklärte der Sachverständige Herr Geheimrat Hofrat Scheidt, Vorsitzender der Prüfungskommission für Automobilfahrer, daß der Angeklagte vollständig korrekt gehandelt und sich so verhalten habe, wie es dem Fahrer eines Automobils zukomme. Seine Pflicht, die Fahrt zu verlangsamen, habe er erfüllt; zum Halten wäre er nicht gezwungen gewesen. Wenn die Pferde dennoch schon geworden seien, so sei das nicht seine Schuld, scheinbare Pferde gehören nicht auf die Straße. Wenn der Knecht während der 300 Meter, die das Automobil bis zum Fuhrwert zurückzulegen hatte, noch abspringen und sich zu den Pferden begeben könnte, sei das Tempo des Automobils nicht übermäßig schnell gewesen. Darauf ließ der öffentliche Ankläger die Anklage fallen und plädierte für einen Freispruch. Die Verhandlung habe wenigstens der Öffentlichkeit gegenüber Klarheit geschaffen. Das Gericht erkannte dem Antrage gemäß und sprach den Angeklagten frei.

Damit werden auch die Ansprüche des Privatius illusorisch.

Wir müssen hervorheben, daß in diesem Falle ein Militärgericht geurteilt hat. Bürgerliche Richter urteilen anders, davon können unsere Kollegen Chauffeure ein schönes Lied singen. Wann wird zum Beispiel einmal ein Automobilfahrer freigesprochen! Die Berliner sagen: Dei gibts ja gar nicht!

Bierfahrer.

Zustände in der Brauerei Wünsche-Rattowitz. Als die Weihnachtsboten das Fest der Menschenliebe ankündeten, an welchem vor ca. 2000 Jahren der „Welterlöser“ geboren wurde, da schlich sich auch ein Hoffnungstrahl in die Herzen der schlecht bezahlten Arbeiter der Brauerei G. Wünsche; hofften doch dieselben für ihre mühevollen Arbeit eine kleine Anerkennung am Weihnachtsabend zu erhalten. Herr Wünsche sorgte aber dafür, daß diese Hoffnung gleich einer Seifenblase zerrann! Es gab nichts. Oder doch? Für die Kutscher, von denen einige schon längere Zeit dort beschäftigt sind, wurden nach langem Erwägen — 6 Flaschen Pilsner — als Weihnachtsgeschenk bewilligt!

Von den Arbeitern hatten sich einige je 1/2, andere Flaschenbier für die Feiertage geben lassen; aber wenn diese glaubten, daß ihnen dieses als Weihnachtsgeschenk angerechnet werden würde, so sollten sie am Lohnstage arg enttäuscht werden; der Betrag wurde auf Heller und Pfennig abgezogen, aber nicht etwa ratenweise, sondern auf einmal, so daß die Leute mit den übriggebliebenen paar Mark gerade nicht allzu freudig das neue Jahr begrüßt haben werden.

Einige Flaschenjungen bekamen jeder 10 Flaschen Bier ausgefolgt; aber auch diesen wurde der Betrag dafür am Lohnstage abgezogen.

Wie uns mitgeteilt wird, hat die Firma zirka 6000 Hektoliter Bierumsatz; sie beschäftigt durchschnittlich 4 bis 5 Kutscher und 5 bis 6 Arbeiter, außerdem 5 bis 6 Jungen von 14—15 Jahren.

Die Arbeitszeit beginnt im Sommer um 5 Uhr, im Winter um 6 Uhr und dauert bis abends 7 oder 7 1/2 Uhr und länger bis 9 Uhr.

Da Herr Wünsche kein Freund von Weihnachtsgeschenken ist, so sollte man meinen, daß er seine Arbeiter wenigstens anständig bezahlt, aber auch dies ist nicht der Fall; im Gegenteil, die Arbeiter erhalten Löhne, die sehr niedrig sind. Ein 25jähriger Arbeiter, der ca. 2 Jahre dort beschäftigt ist, erhält 15 Mk., ein Bierkutscher 14 Mk. pro Woche. Die Jungen erhalten 1,40 Mk. pro Tag, müssen aber recht oft über die Zeit bis 9 Uhr arbeiten; ob sie wollen oder nicht, der Arbeitsraum wird einfach abgeschlossen und partieren sie nicht, gibt es ein Paar mit dem Schlauch, Ueberstunden werden nicht bezahlt.

Daß von Sonntagsruhe in dem Betriebe keine Rede ist, ist nach dem vorher geschilderten selbstverständlich. Sonntags beginnt die Arbeitszeit früh 6 Uhr; die Kirchtzeit wird hindurchgearbeitet bis 2 Uhr. Der Betrieb muß auch wohl bei der Polizei nicht zum besten angeschrieben sein, denn dieselbe hat schon öfter durch Beamte während der Kirchtzeit den Betrieb kontrollieren lassen. Es wehte aber ein guter Wind, wenn der Beamte kam, ruhte die Arbeit; nur das letztemal gelang es, den Betrieb in voller Tätigkeit zu finden. Hierbei wurde auch ein Arbeiter motiert; es war dies 1/11 Uhr; selbstverständlich hat der Arbeiter nicht weiter gearbeitet, sondern ging nach Hause. Der Arbeiter bekommt die Woche 15 Mk. oder 2,15 Mk. pro Tag, die Woche zu sieben Tagen gerechnet. Für die Freiheit des Arbeiters, weil er, nachdem der Beamte wieder gegangen, nicht bis 2 Uhr weiter gearbeitet hat, wurden ihm 1,80 Mk. am Lohnstage abgezogen!

Daß die Behandlung ebenfalls recht viel zu wünschen übrig läßt, zeigt folgender Vorfall: Ein Kutscher aus Bunzlau, der sich verlesen ließ, bei Herrn W. Stellung zu nehmen, mußte dies bitter bereuen. Die Kundschaft hatte ihn aufmerksam gemacht, daß sich in dem Biere mitunter Grumpen befinden; um die Kundschaft nicht zu verlieren, hielt er deshalb einige Flaschen gegen das Licht, um zu sehen, ob das Bier klar sei. Dies sah zufällig Herr Wünsche; er ward darüber sehr zornig, nannte den Kutscher „Bunzlauer Sterngucker“ und spuckte vor diesem aus. Daß unter diesen Umständen die Leute sehr oft wechseln, ist begreiflich; sind doch in den zirka drei Jahren, welche die Firma in Rattowitz ansäßig ist, ca. 50 Kutscher und reichlich 200 Arbeiter dort in Arbeit gewesen.

Der Maschinist, der sich von seinem Kessel nur kurze Zeit entfernen soll, muß alle möglichen Arbeiten verrichten, z. B. Kasser aufladen, Flaschen waschen, Bier hochpumpen usw.

Die vorstehende Schilderung hat gezeigt, wie die Arbeiter und Kutscher ausgebeutet werden, wie sie selbst die Kirchtzeit hindurcharbeiten müssen. Die Löhne sind dementsprechend niedrige und doch steigen fortwährend die Lebensmittel. Aber auch die Kollegen in den anderen Betrieben werden nicht viel besser gestellt sein; überall ist die Parole: Viel Arbeit und wenig Lohn. Bierfahrer und Bierfüller! Gebt endlich einmal eure Gleichgültigkeit auf und tretet. Mann für Mann dem Deutschen Transportarbeiter-Verband bei; dieser wird dafür sorgen, daß auch in euren Berufe hier in Oberschlesien menschwürdige Zustände geschaffen werden, nämlich: Abschaffung der Sonntagsarbeit, eine geregelte Arbeitszeit, den teuren Verhältnissen entsprechend höhere Löhne, anständige Behandlung usw. Darum seid einig! Einer allein kann nichts schaffen, — aber wenn Ihr Euch alle dem Verbands anschließt, dann wird es auch ein leichtes sein, der bisherigen Ausbeutung ein Ziel zu setzen.

Droschkenführer.

Kassenbericht der Verwaltung IV Berlin, Verein der Droschkenführer Berlins und Umg., pro 4. Quartal 1907.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Einnahme includes items like 'Bestand vom 3. Quartal 1907', '182 Aufnahmen à 1 Mk.', '22925 Beiträge à 40 Pf.', etc. Ausgabe includes 'Vertikale Unterstützung in Sterbefällen', 'Erkrankungsunterstützung', 'Drittschluß', etc.

Table titled 'Bilanz' showing 'Einnahme inkl. Kassenbestand', 'Ausgabe pro 4. Quartal 07', and 'Kassenbestand am 31. 12. 07'.

Berlin, den 17. Januar 1908. Die Revisoren: Richard Noelte, Ernst Thrams, Wlth. Schmitz.

Berlin. Der Mangel an Arbeitsgelegenheit für unsere Kollegen dokumentiert sich am besten durch die langen Reihen von Wagen an den Halteplätzen. Stundenlang können sie jetzt warten, ehe mal ein Fahrgast erscheint, welcher eine Droschke in Anspruch nimmt. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn sich die Droschkenführer nach solchen Halteplätzen drängen, wo sich ihnen die Aussicht bietet, recht bald eine Fuhre zu machen.

Fahrscheinentziehung. Nicht nur allein daß die Droschkenführer, wegen irgendwelcher Uebertretungen oder Vergehen, welche der Beruf leider so oft mit sich bringt, bestraft werden, schwebt außerdem immer noch das Gespenst der Fahrscheinentziehung über ihrem Haupte. Sie wissen wirklich nicht, ob sie am anderen Tage ihrem Beruf nachgehen können oder nicht. Auf der einen Seite stehen die Kollegen immer mit einem Fuß im Gefängnis, auf der andern können sie ganz plötzlich brotlos gemacht werden.

zugleich auch um Entziehung des sogenannten grünen Scheins handelt, welcher zur Führung von Kraftwagen außerdem notwendig ist. Passiert einem derartigen Kollegen ein solcher Fall, so ist er doppelt geschädigt, denn es ist ihm benommen in einem Privatfuhrbetriebe als Kraftwagenführer unterzukommen, er hat außerdem noch einen pekuniären Schaden, denn das Geld, was er für seine Ausbildung gezahlt hat, ist so gut wie weggefallen.

Göttingen. In unserer Universitätsstadt Göttingen ist das Los unserer Kollegen Transportarbeiter alles andere, nur kein rosiges. Lange Arbeitszeit, geringer Lohn, haben sich hier wie zwei unzertrennliche Brüder verbunden. Zwar hat die Organisation in einigen Vereinen, wo es uns gelungen ist festen Fuß zu fassen, erhebliche Verbesserungen herbeigeführt, aber eine große Anzahl Kollegen steht uns noch fremd, ja sogar feindlich gegenüber.

So sind es vor allen Dingen die Kollegen Droschkentutscher, die unter den allererbärmlichsten Verhältnissen zu leiden haben. Bei einer Arbeitszeit von morgens 6 bis abends 9 auch 10 Uhr, gibt es einen Wochenlohn von sage und schreibe 18 Mk. (dreizehn Mark) nebst 10 pCt. der Einnahmen von über 35 Mk. die Woche.

Dafür darf der Kutscher dann 7 volle Tage im Dienste des Herrn Kornerumpf frohden, bei einer Behandlung, die alles andere ist, nur nicht menschenwürdig. Kommt zum Beispiel einer einige Minuten zu spät, gibt es Strafe oder er fliegt.

Ferner läßt Herr Kornerumpf sich die Reparaturen an den Droschken durch die Kutscher bezahlen. Auch haftet der Kutscher für das ihm übergebene Putz- und Reinigungsmaterial, obgleich es in einem Schrank aufbewahrt wird, wozu außer dem Kutscher auch Herr Kornerumpf einen Schlüssel besitzt, was natürlich zu allerhand Vermutungen Anlaß gibt.

Daß es unter solchen Umständen schwer ist, die Kollegen für die Organisation zu gewinnen, ist erklärlich. Aber nach und nach ist es der Ortsverwaltung gelungen, eine Anzahl zu organisieren, was natürlich dem Herrn arg auf die Nerven geschlagen ist, und macht dieser seinem Unwillen hierüber des öfteren in einer Art und Weise Luft, die den Bildungsgrad dieses Herrn in ein eigentümliches Licht rückt. Worte wie „Verbandsbrüder, Kadetten, Euch schmeiß ich noch alle hinaus“, sind an der Tagesordnung. Ist dann mal nach Ansicht des Herrn Kornerumpf was wichtiges vorgefallen, so trommelt er eines morgens sämtliche Kutscher zusammen und hält eine große Moralpredigt, wobei die Verbandsbrüder wieder eine besondere Gratifikation erhalten.

Das wären so einige von den vielen Beispielen, welche in diesem Eldorado Gang und Gebe sind. Den Droschkentutschern sowie den andern Kollegen rufen wir zu: „Halte das Banner der Organisation hoch und tut eure Pflicht im neuen Jahr so gut wie im alten, dann wird auch der rückständigste Unternehmer sich an uns die Zähne ausbeißen.“

Halle a. S. Die Droschkentutscher hielten am 6. Januar im Englischen Hof eine gut besuchte Versammlung ab. Zur Tagesordnung stand: In welcher Art und Weise wird die Polizeiverordnung über das Droschkenführerwesen seitens der Behörde gehandhabt?

Der Referent hierzu gab ein drastisches Bild dessen, wie es gekommen sei, daß die Droschkenführer unter den Gefahren sie getroffenen Maßnahmen zu leiden haben. Die Einigkeit und Geschlossenheit habe viel zu wünschen übrig gelassen und auf Grund dessen seien sie über ein Spielball in den Händen des Stärkeren. Nebner verwies auf Berlin, Breslau, Posen usw., wo sich die Droschkentutscher mit Hilfe der Organisation gegen sie schädigende Polizeiverordnungen erfolgreich gewehrt hätten. Wenn hier in Halle diese Einigkeit auch einzeln würde, dann sei es gewiß, daß auch hier den behördlichen Anordnungen, die in ihren Einzelheiten allzu scharf gefaßt seien, energisch entgegenzutreten werden könne.

In der darauf einsetzenden lebhaften Diskussion wurde das Verhalten einzelner Polizeibeamten gegenüber den Droschkentutschern einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde angeführt, daß die Strafmandate auf die Einzelnen förmlich niederhagelten, ohne daß der Betreffende mitunter weiß, warum man ihn auf diese Weise „beglückt“ und seiner Familie das Brot vom Tische nimmt. Mehrere der Anwesenden traten auf und schilberten, auf welche Weise man mit ihnen verfahren sei. Auf zwei oder drei aufeinander folgende Anzeigen sei die Entziehung des Fahrscheins gefolgt. Was dies zu bedeuten habe, sei daraus zu ersehen, daß darunter alle ergrauten Fahrer sind, die 30—35 Jahre ihrem Erwerb nachgegangen und nun ohne Existenz, ohne Arbeit alt und gebrochen dastehen. Mit Recht wurde gefragt, ob denn auch die Obrigkeit nunmehr für sie sorgen werde, damit dieselben nicht etwa elend zugrunde gehen müßten.

Einmütig wurde hierauf eine Resolution angenommen, die die polizeilichen Maßnahmen verurteilt und in welcher die Versammelten versprochen ihrer Berufsorganisation, dem Transportarbeiterverband, beizutreten, um mit dessen Hilfe das gesteckte Ziel zu erreichen.

Nachdem noch beschlossen war, eine weitere Versammlung in nächster Zeit mit gleicher Tagesordnung einzuberufen, um auch den im Dienst befindlich gewesenen Fahrern Gelegenheit zur Aussprache zu schaffen, wurde die Versammlung mit dem Beschlusse, daß sich fast sämtliche Anwesenden der Organisation anschließen, beendet.

Anmeldungen zur Organisation werden weiter entgegengenommen: Satz 42/43, S. II, Zimmer 14.)

Fensterputzer.

Düsseldorf. Am 8. d. M. s. tagte eine Mitgliederversammlung. Der Sektionsleiter hielt eine Ansprache, in der er den Sireil der Kollegen in Solingen scharf kritisierte. Der Sektionsleiter referierte in diesem Punkt ausführlicher und legte den Mitgliedern den ganzen Sachverhalt auseinander, indem er darauf hinwies, daß der Unternehmer Joh. Schmitz, Scheuerstr., zwei Kollegen nach Solingen schickte und ihnen das Fahrgehalt verabreichte. Die Kollegen fragten ihn, ob dort Streik wäre; letzteres stellte er ganz entschieden in Abrede. Als die Kollegen vorantamen, sahen sie das blaue Wunder und sollten Streikrecherchen leisten. Dieselben reisten auf Kosten des Herrn Scharfmachers Joh. Schmitz wieder zurück. Jetzt können die Kollegen sehen, daß nicht nur aus Vochum, sondern auch in Düsseldorf Hausreicher gesucht werden. Nun, ihr noch fernstehenden Kollegen, rauft euch zusammen, dann können wir unsere Lage verbessern. Wohl können wir begreifen, daß die Unternehmer bemüht sind, die Arbeiter von der Organisation fernzubehalten. Unbegreiflich aber ist es, daß es noch Arbeiter geben kann, die auf ein Entgegenkommen von Seiten der Unternehmer rechnen, wo uns jeder Tag lehrt, daß weder freiwillig noch auf Witten die Herren nur einen fennig Zulage gewähren. Die Unternehmer organisieren sich in den Arbeitgeberverbänden, schaffen Arbeitsnachweise, die sich als Maßregelungsbüroaus entpuppt haben und zwingen so die Arbeiter, sich ihnen ganz zu verkaufen. Kollegen, nehmt euch an den Arbeitgebern ein Beispiel, lernt von ihnen. Eure Parole muß lauten, hinein in den Verband! Es ist nicht nur euer gesetzliches Recht, sondern eure Pflicht, Schulter an Schulter mit der übrigen Arbeiterschaft für bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Kein Teufel kann euch das verbieten und ein Feigling, der sich dies verbieten läßt. Wenn jemals bessere Löhne gewährt wurden, so war dies nicht der Einsicht oder sozialen Fürsorge der Herren entsprungen, sondern der Angst vor dem Verbannde. Nur eine stramme Organisation ist heute noch im Stande, eine Zulage den Unternehmern abzurufen. Wie stehen die Löhne am Plage im Fensterputzgewerbe? Jeden Tag könnt ihr es ja erleben, wie sich die Herren brühen, wenn man sich erlaubt, bei der am Plage herrschenden Teuerung um eine kleine Zulage zu bitten. Was ist die Antwort? Ja, wenn's nicht paßt, der kann gehen. Dies kann er aber nur unorganisierten Arbeitern bieten. Während alle anderen Berufe durch Vermittlung der Organisation bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit erzielen, bleibt dies bei uns, trotz der Teuerung, beim alten. Kollegen, da hilft nur ein Mittel: hinein in den Verband. Es wird in der nächsten Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden, zu der ihr noch eingeladen werdet. Erachtet alle Mann für Mann und schließt euch dem für eure Rechte kämpfenden Verbannde an.

Hamburg. Von der neuen Sektionsleitung erhalten wir folgenden Bericht über den letzten Streik. In der im Monat Juli stattgefundenen Versammlung der Fensterputzer wurde beschlossen, den bestehenden Tarif zum 1. Oktober zu kündigen. Es wurde ein neuer Tarif angenommen, welcher folgendermaßen lautete:

- 1.a) Die Arbeitszeit währt von morgens 6 Uhr bis abends 5 Uhr, einschließlich einer zweistündigen Pause.
2.a) Der Lohn beträgt pro Woche 30 Mk. ohne Abzug für Kranken- und Invalidenversicherung für Putzer, welche nachweislich ein Jahr in der Branche tätig sind.
b) Zuschüsse wird mit 5 50 Mk. pro Tag und 1/2 Tag mit 3.50 Mk. bezahlt.
c) Lehrlinge erhalten pro Woche 18 Mk., nach vierteljährlicher Tätigkeit 21 Mk., nach halbjährlicher Tätigkeit 24 Mk., nach dreivierteljährlicher Tätigkeit 27 Mk., nach einem Jahre 30 Mk.
d) Die Lohnzahlungen finden an jedem Freitag abend statt.
3.a) Als Ueberstunden gilt die Zeit von 5 Uhr bis 9 Uhr abends und wird mit 80 Pf. pro Stunde bezahlt.
b) Jede angefangene Stunde wird voll ausgezahlt.
c) Arbeiten werden nur im Tagelohn ausgeführt. Akkordarbeiten sind unzulässig.
4. Als Nacharbeit gilt die Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und wird, wie Sonntagsarbeit mit 1.25 Mk. pro Stunde bezahlt und ist nur Notarbeit zu leisten. Für Reinigen von Häusern, Gasdächern und andere schmutzige Arbeiten am Tage wird 50 pCt. Zuschlag bezahlt.
5. Die Arbeitszeit beginnt und endet im Komor.
6. Auf je 10 Putzer darf nur ein Lehrling beschäftigt werden.
7. Kautions, Arbeitskontrakte, Bruchlassen, als auch Lettergeld sind abzuschaffen.
8. Arbeitskräfte sind nur durch den Arbeitsnachweis der Sektion der Fensterputzer einzustellen.
9. Der 1. Mai ist als Ruhetag freizugeben.
10. Die Arbeiter sind bei der Ortskrankenkasse der Maurer, Zimmerer und verwandten Gewerbe gegen Krankheit zu versichern.
11. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Wo in Vertrieben höhere Löhne als im Tarif festgelegt, bestehen, behalten diese Gültigkeit.
12. Dem Putzern ist, nachdem sie ein Jahr im Betriebe tätig sind, drei Tage Urlaub, nach zwei Jahren 6 Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren.
13. Etwaige aus diesem Tarif entstehende Differenzen sind zwischen den Vertragsschließenden zu regeln. — Dieser Lohnsatz gilt für die Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 1. Oktober 1909 und gilt immer auf ein Jahr verlängert, wenn nicht einen Monat vor Ablauf der angegebenen Zeit von einer oder anderen Seite gekündigt wird.

Die Unternehmer sind darauf hingewiesen worden, daß schon kurz nach Abschluß des bisherigen Tarifs eine enorme Teuerung einsetzte. Sein Nahrungsmittel sei davon verschont geblieben, auch die Wohnungsmieten seien erheblich gesunken, so daß eine Lohnaufbesserung zur Lebensnotwendigkeit geworden sei. Antwort ist mit dem Bemerkten, daß die Lohnkommission zur Verhandlung jederzeit bereit sei, bis zum 24. September erheben worden. Statt nun mit der Lohnkommission zu verhandeln, wurde folgendes Rundschreiben an die auswärtigen Unternehmer erlassen:

Wertes Herr Kolleg!

Nachdem hier in Hamburg innerhalb 5 Jahren eine zweimalige Lohnaufbesserung eingetreten ist und zwar von 21 Mt. auf 27 Mt. pro Woche, haben die Gehilfen in einer am Freitag, den 6. d. M. (September) abgehaltenen Versammlung beschloffen, erneut in eine Lohnbewegung einzutreten. Wir werden die Forderungen in der am 25. d. M. (September) erscheinenden Verbandszeitung zu Ihrer Kenntnis bringen. Was die Lohnforderung betrifft, so glauben wir, daß 27 Mt. pro Woche für ungelernete Arbeiter, selbst bei den teuren Lebensbedingungen in Hamburg, ausreichend sind, um bei ökonomischer Haushaltung eine Familie zu ernähren. Aber abgesehen davon, kann von der Festlegung eines Minimallohnes keine Rede sein, da wir keine Lust haben, es im übrigen auch nicht der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht, die faulen, nachlässigen und buhmeligen Elemente unter unseren Gehilfen mit den fleißigen und ordentlichen auf eine Stufe zu stellen. Wir wollen uns bezüglich der Entlohnung freie Hand vorbehalten. Ferner lehnen wir eine Verkürzung der Arbeitszeit ab, da diese in unseren Betrieben, wenn die Früh- und Mittagspausen abgerechnet werden, ohnehin nicht einmal mehr 8 Stunden beträgt. — Ebenso verhält es sich mit den übrigen ähnlichen Forderungen. So lehnen wir es auch entschieden ab, uns Vorschriften machen zu lassen, auf wieviel Gehilfen ein Lehrling zu halten ist. Und nun vollends die Anerkennung des Arbeitsnachweises des Transportarbeiterverbandes. Würden wir diese Forderung bewilligen, so würden wir uns eine förmliche Rute aufbinden und wären dann der Gehilfenchaft auf Gnade oder Ungnade überantwortet; denn es ist doch jedem denkenden Menschen klar, daß wir dann sämtliche Gehilfen geradezu in den Transportarbeiterverband hineinreiben würden. Würden wir uns verpflichten, nur den Arbeitsnachweis zu benutzen, so bekämen doch nur die einzigen Gehilfen Beschäftigung, welche Verbandsmitglieder sind. Es wäre gleichbedeutend mit Selbstmord, uns darauf einzulassen. Da die Gehilfen nun zum 1. Oktober den Tarif gekündigt haben, so würde mit diesem Tage der Kampf entbrennen, und wird derselbe nicht nur schmerzhaft für uns in Hamburg, sondern auch bedauerlich für unser ganzes Gewerbe sein. Denn unterlegen wir, so wird auch bei den übrigen Unternehmern nach und nach dasselbe eintreten. — Darum, werthe Kollegen, appellieren wir an Ihre Solidaritätsgefühl, indem wir Sie alle bitten, zu gegebener Zeit nicht nur durch Beaufsichtigung der Arbeitswilligen, sondern auch, wenn traend möglich, durch Zusendung zuverlässiger Arbeitskräfte auszuweichen beizutreten. Die Reisekosten werden selbstverständlich von uns getragen. Nur durch Ihre tatkräftige Unterstützung wird es möglich sein, die größeren Betriebe hier in der schlimmsten Zeit über Wasser zu halten. Falls Sie daher in der Lage sind, uns irgend welche Unterstützung durch Ratsschläge, Arbeitskräfte usw. zuzulassen, bitten wir Sie, uns gefälligst darüber bis zum spätestens den 20. September Mitteilung machen zu wollen. Es ist endlich an der Zeit, daß wir fest geschlossen den fortwährenden wirtschaftlichen Beunruhigungen ein Ende machen. Was in anderen Gewerben bereits geschehen, sollte bei uns bei einigermaßen gutem Willen auch möglich sein, denn wenn die sozialistische Arbeiterbewegung nicht ernstlich unterbricht werden, so sind unsere Existenzbedingungen bald ganz untergraben. Auf Ihre tatkräftige Unterstützung rechnend sind wir zu Gegenleistungen bei vorkommenden Fällen gern bereit und verbleiben mit kollegialischem Gruß die Ortsgruppe Hamburg.

J. A. A. Dallistat,
Vorstand.

Es ist das alte Mägelchen der Unternehmer. Wenn die Arbeiter zeitgemäße Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangen, dann geht das Gewerbe zu Grunde, dabei schließen die neuen Unternehmer, die sich dem Mut aussetzen, wie Pilze aus der Erde. In der Versammlung am 30. September wurde einstimmig beschloffen, am nächsten Morgen in den Betrieben, welche als nicht geregelt gelten, die Arbeit einzustellen. Drei größere Firmen mit 30 Mann hatten die Forderungen bewilligt, alle anderen Firmen, soweit deren Arbeiter uns angeflohen waren, ca. 60 Mann, erklärten, auf keinen Fall mit uns in Unterhandlung treten zu wollen. Dies war das Signal zum Kampf. Die Unternehmer versuchten nun alles Mögliche, um ihre Betriebe aufrecht zu erhalten. Sobald dieselben einige Leute von auswärts bekamen, waren unsere Kollegen auf dem Plan und schnapten die Arbeitswilligen wieder fort. Nun kamen die Unternehmer her und veröffentlichten in ihrem Verbandsorgan sämtliche Namen der Streikenden, eine sogenannte schwarze Liste; auch suchten sie durch Annoncen in bürgerlichen Zeitungen Fensterputzer zu einem Lohn von 36 Mt. pro Woche. Der Kampf wurde immer erbitterter, hauptsächlich dadurch, daß die auswärtigen Unternehmer nach Hamburg kamen, um Arbeitswillige zu spielen. Die fremden Unternehmer, u. a. M. Notb- u. Hannover, J. Pögel-Hannover, G. Schmalstieg-Hannover, Düllmeyer-Hannover, Schuchmann-Hannover, Schröder-

Hannover, Haase jun.-Hannover, D. Winkler-Hannover, Verms-Borum, Hockische-Eisnach, Wöhm-Magdeburg, Bonach-Magdeburg, S. Panzer-Boisdam, Wiehe jun.-Karlruhe, Armbruster u. Neffe-Forzheim, Graf-John-Berlin, Transporteure für Arbeitswillige B. F. W. Blank-Köln.

Arbeitswillige, welche die hiesigen Arbeitgeber während des Streiks über Wasser halten sollten, waren mit den Hamburger Verhältnissen doch nicht so vertraut, als die Einheimischen und mancher war froh, als er wieder in seiner Heimat war. Obwohl die Unternehmer des ganzen Reiches sich bemühten, die Hamburger Fensterputzer „niederzureiten“, und zum Teil sogar sich nicht scheuten, eigenhändig im wahren Sinne des Wortes Arbeitswilligendienste zu verrichten, ist es ihnen dennoch, trotz des großen Wohlwollens, das ihnen die bürgerliche Presse bezeugte, nicht gelungen, die Erhöhung des Lohnes von 27 Mt. auf 30 Mt. pro Woche zu verhindern. In erster Linie ist dies dem musterhaften Zusammenhalten der Ausständigen, von denen kein einziger abtrünnig geworden ist, zu danken. Man muß anerkennen, daß sich diese kleine Schar Ausständiger wie eine feste Mauer gezeigt hat, keine Lockweise, noch sonst etwas hat sie wankend gemacht; sie haben zusammengehalten bis zum Schluß des Streiks und heute stehen sie zusammen, um festzuhalten an der Organisation, an ihrem Arbeitsnachweis, allen Fensterputzern in Deutschland ein Vorbild. Die Lohnbewegung ist nach sechswochentlichem Kampfe beendet worden. Von den in Frage kommenden Arbeitgebern haben 52 die Forderungen der Arbeitnehmer bewilligt. 4 Firmen haben bisher sich nicht entschließen können, mit den Arbeitern zu einigen. Der Arbeitsnachweis der Unternehmer (bei Kries u. Neels) wurde gesperrt. Kein organisierter Fensterputzer darf dort um Arbeit anfragen. Kollegen, wir ziehen die Lehre aus dieser Lohnbewegung, daß wir darauf dringen müssen, daß auch in anderen Städten die Organisation aufgebaut wird, so daß es den Unternehmern nicht möglich ist, in einer anderen Stadt Arbeitswillige zu spielen. Dieses muß jetzt unser nächstes Ziel sein.

Köln. Die Herren Unternehmer und ihre Arbeiter. Es gibt schon in manchen Berufen schlechte Verhältnisse, aber wie sie in Köln im Fensterreinigungsgewerbe bestehen, sind wohl einzig. Die Arbeiter bei der Firma Blank kommen an erster Stelle; unter den 20 Arbeitern sind wohl kaum 8 Putzer, die dann auch bei einer 10stündigen Arbeitszeit 4 Mt. pro Tag erhalten. Natürlich kann man erstens so 3 Mt. für Abzüge rechnen, dann die vielen Feiertage, so kommt schließlich so ein Putzer mit 12 bis 15 Mt. pro Woche nach Hause, gewiß kein Lohn, um sich oder seine Familie zu ernähren. Der übrige Teil der Arbeiter sind wie bekannt Leute, die nur mal arbeiten, um nicht immer als Nichtstuer herumzuliegen, die dann auch mit 2,50 Mt. pro Tag bezahlt werden. Dann kommt mal so ein kleiner Bruch vor, wofür Herr Blank 10 Mt. einbehalten hat, der Rest wird dem Lohn abgehalten. Wenn dann ein Arbeiter zwei Monate gearbeitet hat und Bilanz zieht, so hat er schließlich mehr bezahlt, als er verdient. Herr Blank muß ja Geld haben, denn die Karnevalszeit hat angefangen und da wird manches 20 Markstück gebraucht. Es kommt auch schon vor, wie zu Weihnachten, daß die Arbeiter nicht mal ihren Lohn erhalten können, um, wie den Arbeitern gesagt wird, daß sie die Feiertage nicht alles ausgeben. Sehr human von solchen Arbeitgebern; aber wissen die Herren nicht, daß zu einem Feiertag doch gewiß jeder sein Geld nötig hat? Wer so einige Beriche aus dem Göttinger Käseblatt liest, der weiß, wo das Geld bleibt. Wenn die Kollegen in einer Lohnbewegung stehen oder sonst geknebelt werden sollen, da sind die Herren Unternehmer zur Stelle, dann ist auch Geld genügend da; wie es dann in ihren Berichten heißt, durch materielle sowie persönliche Opfertätigkeit sind die Arbeiter besiegt worden. Nur so weiter, es kommt auch mal eine andere Zeit.

Der Herr Paul spielt sich auf einmal als Ober-Schwarzfischer auf; unsere Kollegen hielten diesen Herrn immer für human. Jetzt hat sich die Humanität in Gestalt der Streikbrechervermittlung entpuppt, überhaupt so rich die Schwarzfischergedanken sind diesem Herrn in den Kopf gefahren. In einer Sitzung der Reinigungsunternehmer von Köln erklärte Herr Paul, daß er nach wie vor in bezug der Organisation der Arbeitern nie etwas in den Weg gelegt hat, es sei ihm auch gleich, wer organisiert ist oder nicht. Nach dem Bericht vom Dezember im Unternehmerblatt sieht es anders aus. Herr Paul ist mit in der Kommission für Ausarbeitung neuer Arbeitsordnungen, welche vor allem die Arbeiter mehr knebeln sollen. Einige Zeit davor steht deutlich geschrieben, daß so viel als möglich Lehrlinge einstellt werden, um bei Streiks viel eingearbeitete Streikbrecher zu haben, und daß alle entlassen werden sollen, die dem Verband der Transportarbeiter angehören. Gleichzeitig bei Ausbruch der Differenzen in Solingen war es Herr Paul, der dort Fensterputzer herüberholte, natürlich unter Vorpiegelung falscher Tatsachen, um dort als Hausarbeiter bei Herrn Beck zu arbeiten. Wir bekamen natürlich beizeiten die nötige Aufklärung und die Pläne des Herrn sind durchkreuzt worden. Es sind bei Paul so ziemlich blankische Verhältnisse eingetreten.

Der Herr Giedlich, oder besser Giedlich u. Co., mußte doch bald andere Ansichten bekommen haben. Wir hatten doch vor erst kurzer Zeit diesen Herrn als Streikbrecheragent aufmerksam gemacht, da sich doch dieses mit seiner Frömmlichkeit nicht im Zusammenhang bringen läßt. So lange die Kollegen Fensterputzer nicht organisiert sind, können es die Herren noch wagen, solche Unterbieten an die Arbeiter zu stellen.

Die Firma Hufschmidt kommt für uns kaum in Betracht. Erstens sind dort so ein Teil alter Streik-

brecher beschäftigt, die jedes Auskommen unserer Organisation unmöglich machen. Da hält auch kein organisierter Fensterputzer aus.

Um all dieses zu ändern, können wir jedem Putzer raten, sich im Transportarbeiterverband zu organisieren, um sich ein einigermaßen anständiges Arbeitsverhältnis zu verschaffen.

Handelsarbeiter.

Die Kreise an der Arbeit. Im „Confectionär“ und anderen Unternehmerrundblättern lesen wir folgenden schönen Gruß gegen den neuen Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe:

„Gegen die außerordentliche Verschärfung der Sonntagsruhe, wie sie der neue Regierungsentwurf vorsieht, haben wir im Interesse der Detaillisten bereits wiederholt sehr scharf protestiert, und wir können immer wieder nur die Detaillisten ermahnen, hier gemeinsam vorzugehen und alle Schritte zu tun, um den Entwurf nicht Gesetz werden zu lassen.“

Besonders bemerkenswert ist es, daß die „Hamburger Nachrichten“ — bekanntlich politisch ein sehr weit rechtsstehendes Blatt — sich in einem langen Artikel sehr scharf gegen den neuen Entwurf wenden. Wir entnehmen den interessanten Ausführungen des Blattes, denen wir in vollem Umfange beipflichten, folgendes:

Nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wird der Handelsgewerbebetrieb an Sonn- und Feiertagen rundweg verboten sein. Ob alle oder auch nur diese Provinzial-, Kreis- oder Gemeindebehörden das Odium der Einführung von Ausnahmen — denn ein Odium ist das bei den heute herrschenden Anschauungen — auf sich nehmen werden, sieht dahin. Aber auch wenn sie es tun, kann ein einziger Federstrich der Aufsichtsbehörde ihre Beschlüsse jederzeit über den Haufen werfen. Die Regierungen haben es in der Hand, sobald sie wollen, den vollen „englischen Sonntag“ in Deutschland einzuführen. Daß dies für alle „Sozialreformer“, insbesondere im Zentrum, das Ziel ist, weiß man. Die Regierungsvertreter haben früher immer lebhaft bestritten, ihrerseits auf den englischen Sonntag loszusteuern. Angesichts dieses neuen Entwurfes würden sie dafür schwerlich noch Glauben finden. Warum sich auch noch gegen das englische Vorbild sträuben? Was man will, ist die vollständige Sonntagsruhe. England besitzt sie bis zur letzten Konsequenz. Also ihm nach! Daß der englische Sonntag den deutschen Volksgewohnheiten, dem deutschen Volkscharakter ganz widerstrebt, was kümmert das unsere sozialpolitischen Theoretiker? Das Volk muß eben zu anderen Gewohnheiten erzogen werden! Ob ihm das gefällt oder nicht, ist gleichgültig, wenn nur das „Prinzip“ zum Siege geführt wird.

Daß die an den gewöhnlichen Sonn- und Feiertagen zugelassene Beschäftigungsdauer drei Stunden nicht überschreiten und nicht über 2 Uhr nachmittags hinausgehen soll, ist vor allem ein tief einschneidender Eingriff in die kaum eingelebten Verhältnisse. Insbesondere in Gegenden, wo die Landbevölkerung gewohnt ist, ihren Bedarf an Waren in der Stadt am Sonntag Nachmittag zu decken, würde die neue Regelung dem wirklichen und berechtigten Bedürfnis ganz und gar nicht entsprechen. Das Gesagte genügt wohl, um über den Entwurf den Stab zu brechen. Und zwar nicht allein im Interesse des konsumierenden Publikums, sondern auch im Interesse des Aufehens unserer Gesetzgebung. Wir in Deutschland sind immer stolz darauf gewesen, daß das, was bei uns einmal zum Gesetz erhoben ist, nicht nur auf dem Papiere steht, sondern auch streng durchgeführt wird. Eine Gesetzgebung, wie die hier geplante, widerspricht so sehr den natürlichen Verhältnissen, daß sie durch taufend Hintertüren umgangen werden würde. Schon jetzt ist die Beobachtung der Sonntagsruhevorschriften besonders in kleinen, aber auch in großen Städten ein sehr zweifelhaftes Kapitel. Wollen wir eine Lachheit in der Handhabung der Gesetze, wie sie anderwärts hier und da, wahrlich nicht zum Vorteil der gesamten Staatsordnung, beobachtet wird, auch bei uns sozusagen absichtlich großziehen?

Sache der Detaillisten ist es nun, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um das Gesetz zu verhindern.“

Wir sehen die Feinde der Sonntagsruhe auf dem Posten, nun ist es aber höchste Zeit, daß sich auch unsere Kollegen für die Sonntagsruhe rühren. Allüberall muß in Versammlungen zu der Frage Stellung genommen werden, soll der Entwurf in verbesserter und nicht in verbesserter Form Gesetz werden. Also auf die Schanzen, ihr Handelsarbeiter Deutschlands!

In Berliner Tageszeitungen lesen wir folgende Notiz:

„Die Berliner Handelshilfsarbeitervereingung, die ihre Organisationsstätigkeit unter den in Handels-, Verkehrs- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen auf der Grundlage der Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften betreibt, ist nunmehr dazu übergegangen, ihre Ausbreitung in umfassender Weise vorzunehmen. Die verschiedenen Ortsverbände im Verbands der deutschen Gewerkschaften sind gegenwärtig mit dieser Aufgabe betraut. Sie entfalten ihre Tätigkeit dahin, einen über das Reich sich erstreckenden Gewerkschaftsverband der Handelshilfsarbeiter zu schaffen. In verschiedenen Städten Ost- und Mitteldeutschlands haben diese Bestrebungen bereits inoffiziell greifbare Gestalt gewonnen, daß dort weitere Ortsvereine sich bilden werden. Wegen eines Zusammenstoßes zwischen mit anderen bereits bestehenden Vereinen Verhandlungen, die einen günstigen Verlauf nehmen. Die Berliner Geschäftsstelle befindet sich Kochstr. 66.“

Obwohl dieser Großprediger kein besonderer Wert beizumessen ist, wird es doch gut sein, wenn unsere Kollegen draußen die gelblichen Bestrebungen der Kirche im Auge behalten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das aus den Steuerproben der Reichsbürger unterhaltene offizielle Reptil, findet in der letzten Zeit sein besonderes Wohlgefallen an der Verleumdung der freien Arbeiterbewegung. Lesen wir da in einer der letzten Nummern dieses „geschätzten“ Blattes folgenden schönen Spruch:

„Das die Arbeitsverhältnisse in sozialdemokratischen Betrieben in vielen Fällen höchst ungünstig sind, ist längst bekannt. Doch fehlte bisher eine eingehende Zusammenstellung über eine größere Anzahl von Betrieben, aus der sich das in einzelnen nachweisen ließ. Diefem Mangel ist jetzt durch eine im Reichsarbeitsblatt veröffentlichte, von dem Sekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Kaufmann, veranstaltete Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den sozialdemokratischen Gewerkschaften, insbesondere den Konsumvereinen, abgeholfen worden. Die Erhebung umfaßt 774 sozialdemokratische Konsumvereine mit 8611 dort im Hauptberufe tätigen Personen.“

Es folgt dann ein tendenziös zugespitzter Auszug aus der genannten Statistik, worauf das Blatt bemerkt:

„Diese Zahlen sprechen eine berebete Sprache; sie beweisen, daß die Sozialdemokratie hohe Forderungen aufstellt zu Gunsten der Angestellten in bürgerlichen Betrieben, daß sie aber weit davon entfernt ist, ihren eigenen Angestellten auch nur annähernd die Arbeits- und Lohnbedingungen zu gewähren, die ihnen in der Mehrzahl der von der Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit heruntergerissenen bürgerlichen Betriebe gewährt werden.“

Da unsere Organisation die berufene Vertreterin eines großen Teiles der besagten Konsumvereinsangehörigen ist, dürfen wir uns dazu wohl ein paar Worte erlauben. Gewiß, es gibt einige Konsumvereine, in denen die Arbeitsverhältnisse noch zu wünschen übrig lassen, wenn sie auch lange nicht so miserabel sind, wie das edle Reptil sie hier hinzustellen wagt. Wo haben aber die Leitungen gerade dieser Konsumvereine ihre sozialpolitisch rückständigen Anschauungen her? Nirgends anders als aus dem gut bürgerlichen freisinnigen Blocklager, denn Herr Hans Krüger, der große freisinnige Genossenschaftler war es, der als ihr Verbandsleiter diese Anschauungen gehegt und gepflegt hat. Soweit wirklich überzeugte Sozialdemokraten als Konsumvereinsleiter in Frage kommen, existieren auch erträgliche Arbeitsverhältnisse für das Personal. Die Norddeutsche Bettel mag also erst hübsch vor der eigenen Blocktür stehen, dort befindet sich der Unrat bergehoch angehäuft. Und wenn die Entrüstungs-dame dann den Niesensalken aus dem eigenen Bartelaug herausgezogen hat, erst dann möge sie sich um das Splitterschen in den Augen der Sozialdemokraten kümmern.

Breslau. Am 8. Januar fand eine kombinierte Versammlung des Verbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen und der Hausdiener und Bäder unseres Verbandes statt, in welcher die geplante Novelle zur Gewerbeordnung, insbesondere die Bestimmung über eine Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe besprochen wurde. Das Referat hatte der Gauleiter: Derselbe wies darauf hin, daß zu der in den verschiedenen Jahren geänderten Gewerbeordnung, jetzt eine neue Novelle hinzutritt, da von der Regierung eine Neuregelung betr. die Sonntagsruhe in Vorbereitung ist. Unser Verband hat sich vor längerer Zeit petitionierend an die Breslauer Stadtverordneten und an den Magistrat bezüglich der Einführung der vollen Sonntagsruhe in Breslau gewandt, ohne auch bis heute etwas, was einer Antwort ähnlich sehe, zu erhalten. Die Behörden kommen aus den Erwägungen nicht heraus. Sie hören die reaktionäre Breslauer Handelskammer und andere Arbeitgeberstimmen, aber nicht die am meist in Frage kommenden Handelsangehörigen, Handlungsgehilfen, Hausdiener und Bäder etc.

Auch im Ausschuß des Kaufmannsgerichts wurde hierüber verhandelt, wo man sich auf eine 1 1/2 stündige Sonntagsarbeit verständigen wollte.

Die Breslauer Kaufleute schelen, so weit wie man erfahren konnte, für eine 3 stündige Sonntagsarbeit zu sein, und führen immer wieder die alten Ausreden gegen eine Verkürzung der Sonntagsarbeit resp. der Verkaufszeit an.

Allerdings trifft hierbei die Handelsangestellten am meisten die Schuld, da sie bisher die ganze Bewegung viel zu lau behandelt haben. Redner ermahnt die Schlafmützigen aufzurütteln, damit wir unseren Forderungen mehr Geltung verschaffen können.

Wenn auch die neue Novelle eine Verbesserung bringt, so können wir uns doch keineswegs damit einverstanden erklären.

Dieselbe sieht eine 3 stündige Sonntagsarbeit vor, außerdem Zulassung von Ausnahmetagen, und zwar zwei bei 10 stündiger und drei weitere bei 5 stündiger Arbeitszeit, verrät aber nicht, wer die Zeit, diese Ausnahmetage, zu bestimmen hat.

Die Gründe, die für eine volle Sonntagsruhe sprechen, sind so bekannt, daß sie nicht abermals angeführt werden brauchen. Da, wo die volle Sonntagsruhe schon besteht, haben sich alle Befürchtungen der Arbeitgeber als belanglos erwiesen.

Wir fordern, was wir dem Breslauer Magistrat bereits unterbreitet, volle Sonntagsruhe für alle, mit Ausnahme der Nahrungsmittelbranche, welcher eine Uebergangszeit von einem Jahre, eine Verkaufszeit von 2 Stunden des Morgens gestattet werden kann.

Ferner fordern wir, ebenfalls gutachtlich gehört zu werden. Wir wollen den Arbeitgebern gegenübergestellt werden, dann wird die Auffassung keine einseitige sein.

Redner ermahnt nochmals zu eifriger Agitation und fordert die Anwesenden auf, nicht im Kampfe zu erlahmen.

Die nachfolgenden Diskussionsredner sprachen alle im Sinne des Referenten.

Beschlossen wurde, eine Petition an die Regierung und an den Reichstag zu richten.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige kombinierte Versammlung von Handlungsgehilfen und Hausdienern erblickt zwar in der von der Regierung geplanten Verkürzung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe einen kleinen Fortschritt, der jedoch durch die Ausnahmebestimmungen illusorisch gemacht werden kann. Die Versammlung fordert daher mit aller Ent-

schiedenheit, daß bei der Umfrage über die Materie alle Interessenten, also nicht bloß die Handelskammern, sondern alle Verbände der Handlungsgehilfen und im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter gehört werden. Nur auf diese Weise kann die Regierung ein richtiges Bild von den Verhältnissen gewinnen. Die Versammelten sind der Ansicht, daß die vollständige Sonn- und Feiertagsruhe sehr gut durchführbar ist und auf das Nachdrücklichste gefordert werden muß.“

In Seine Excellenz
den Staatssekretär des Reichsamt des Innern
Herrn von Bethmann-Hollweg
Berlin.

Zur Auftrage einer stark besuchten Versammlung von Handlungsgehilfen, -Gehilfinnen, Hausdiener, Bäder etc., ersuchen die unterzeichneten Verbände höflichst:

Bei der vorzunehmenden Anhörung von Auskunfts-personen über die in Aussicht stehende Erweiterung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, nicht nur Auskunfts-personen der amtlichen Vertretung und großen Verbände von Arbeitgebern und Arbeitnehmern anzuhören, sondern Auskunfts-personen aller Berufs-Vereinigungen.

Begründend gestatten wir uns darauf hinzuweisen, daß es unbedingt notwendig ist, sollen die Erhebungen den wirklichen Verhältnissen nahe kommen, die Vertreter aller Branchen und jeder Richtung der Berufsvereinigungen anzuhören, unter Gewährung des Vorschlagsrechts an die in Betracht kommenden Organisationen, wie dies auch bei der letzten vom Reichsstatistischen Amt unternommenen Befragung geschehen ist.

Mit der Bitte um geneigte Berücksichtigung unserer Wünsche

zeichnet Hochachtungsvoll

Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen.
Bezirk Breslau.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Breslau.

Kempten. In Nr. 2 unseres Verbandsorgans schilderte ein Kollege die milde und trostlose Gegend von Oberschlesien. Aus dieser Darstellung ist deutlich ersichtlich, daß unsere dortigen Kollegen neben ihren schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen in dem von der Mutter Natur so stiefmütterlich veranlagten Landstrich ein besonders trauriges Dasein fristen. Aber wenn die Schönheiten der Natur die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter heben würden, dann müßten unsere Kemptener Kollegen zu den best situierten Arbeitern gehören. Das bayerische Allgäu mit seinem wunderschönen Hochgebirge, seinen zahlreichen Seen und Flüssen, daneben äußerst fruchtbaren Weiden und Feldern, sowie einen auf viele Millionen bewerteten Waldstand, gehört zweifellos zu den schönsten Gauen Deutschlands. Tausende und Abertausende der besthenden Klasse aus aller Herren Länder kommen in diese herrliche Gegend, um ihre von dem Großstadtleben zerrütteten Nerven zu stärken. Minister, Grafen und Fürsten suchen in den so zahlreich vorhandenen Naturheilbädern wieder Erholung. Nach den herrlichen Alpen wandern tausende von Mühsiggängern beiderlei Geschlechts, um fern der Industrie die wunderbare Aussicht und die gesunde Alpenluft genießen zu können. Die Damen der besseren Gesellschaft fahren mit dem Auto oder der Droschke in die romantisch gelegenen Ausflugsorte, um den Aerger, den ihnen die unzufriedenen Diensthofen bereiten, zu vergessen. Sobald der erste Schnee gefallen ist, kommen die Söhne und Töchter der Besitzenden, ausgerüstet mit Stie oder Rodeschlitten, auf die niedrigeren Berge, und das so lang ersehnte Wintervergnügen nimmt seinen Anfang.

In diesem bayerischen Paradiese, wo Milch und Honig fließt, hat auch der unerfütterliche Kapitalismus seine Arme ausgestreckt, und Tausende genau so unglücklich gemacht wie die Transportarbeiter in Oberschlesien. Für die Arbeiter in dieser von der Natur so bevorzugten Gegend ist es doppelt schwer, mit den geringen Löhnen durchzukommen, weil die Lebenshaltung durch den so zahlreichen Fremdenverkehr erheblich verteuert wird. Die Naturschönheiten existieren ebenfalls nur für die Besitzenden, weil der größte Teil der Arbeiter infolge der langen Arbeitszeit und der geringen Löhne nur äußerst selten in die Lage kommt, die teuren Ausflugs- und Kurorte zu besichtigen. Die Arbeiter in der Unwissenheit zu erhalten, ist auch hier die Parole der Arbeitgeber, und die ganze Klerlei leistet den Herren die weitgehendsten Handlangerdienste. Die Hungernden und Darbenden werden auf das billigere und bessere Jenseits vertröstet, sie dürfen zusehen, wie ihre Ausbeuter in der so schönen Alpengegend das Leben in vollen Zügen genießen. Auch in Kempten gehören unsere Kollegen zu den schlecht bezahlten und minderwertig behandelten Lohnsklaven der neuen Zeit. Fast hat es den Anschein, als ob die Kollegen jede Hoffnung auf Besserstellung ihrer Lage zu Grab getragen hätten, und die wenigen Kollegen, die den Gedanken des Zusammenschlusses erfaßt haben, müssen unschuldig darunter leiden. Kollegen, schließt euch dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande an, um dem Kapitalismus erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Transportarbeiter.

Die Trauben sind zu sauer, so sagte der Fuchs als er die reifen Weintrauben nicht erlangen konnte. Herr Beck, der Berliner Schwerindustrie-Arbeiter, hat für die Arbeitererschaft immer gleich einen ganzen großen Saft Humanität bei sich. Dank seines ersten Berufes versteht sich Herr Beck sehr gut aufs Aussehen und er möchte die Arbeiter gar zu gerne gauben machen, daß die von ihm auf Leinwand gemalten Paläste wahre Wirklichkeit sind. Schade, daß hinter allen diesen Handlungen der Schmierregisseur gar zu sehr hervorragt und es deshalb keinen Transportarbeiter in ganz Deutschland gibt, der Luft bezte sich von dem Herrn, der da den allzuwürdigen Führerinnungsmeister mmt, einseifen zu lassen.

Bringt das neue Leitorgan der Scharfmacher-gewerkschaft Bolle, Beck u. Co. in seiner Nr. 2 diese lindlich naive Notiz:

„Scharfmacher“?

Die am 7. d. Mts. in der „Neuen Harmonie“ stattgehabte Quartalsversammlung der Berliner Fuhrwerksinnung, die sich unter anderem auch mit der Frage einer Betriebsbeschränkung bzw. Lohnreduktion bezüglich ihrer Kutscher und Arbeiter beschäftigte, hat nach eingehender Erörterung aller Gründe, welche von einem großen Teile der Anwesenden unter Hinweis namentlich auf den durch den wahnwitzigen Bauarbeiterstreik hervorgerufenen augenblicklichen Arbeitsmangel für eine Lohnreduktion geltend gemacht wurden, nach mehrstündiger Beratung folgende Beschlüsse gefaßt:

Zu Erwägung des Umstandes, daß der größere Teil der kutscher verheiratet ist und zahlreiche noch nicht erwerbsfähige Familienangehörige hat, daß ferner der jetzige hohe Stand der Lebensmittelpreise die gesamte Lebenshaltung an und für sich schon äußerst beschränkt, ist von Entlassungen und Lohnreduktionen solange als irgend möglich abzusehen.

Die Versammlung gab dabei jedoch der Erwartung Ausdruck, daß die Arbeitnehmer die Tragweite dieses Beschlusses würdigen möchten und daß die Unverheirateten, namentlich bei andauerndem Arbeitsmangel, im Interesse ihrer verheirateten Kollegen entweder in eine Beschränkung der Arbeitszeit — ein w ö c h e n t l i c h e s A u s s e t z e n im Monat — willigen oder sich eine Lohnkürzung gefallen lassen werden.

An die Behörden sei der Appell zu richten, diesen Beschluß der Fuhrwerksinnung nachhaltig dadurch zu unterstützen, daß alle in dieser Jahreszeit ausführbaren öffentlichen Arbeiten, für welche die Mittel schon bereitgestellt sind, unverzüglich in Angriff genommen werden.

(Anmerkung der Redaktion): Das sind also die vom „Courier“ geschilderten Scharfmacher, denen der Untergang tausender von Existenzen gleichgültig ist und die „den Krieg bis aufs Messer, bis zum letzten bitteren Ende wollen.“

Wir gestehen, es ist wirklich zueifel der Güte, was sich die Herren da ihren Kutschern und Arbeitern gegenüber zu produzieren erlauben. Sie wollen von Lohnreduktionen noch so lange als irgend möglich absehen, erwarten aber, daß die Arbeiter ruhig in eine Lohnkürzung willigen oder sich eventuelles Aussetzen gefallen lassen. Wie stimmt denn das zusammen? Die Geschichte ist in Wirklichkeit wohl doch nur so, die Herren wissen genau, daß unser Verband Abzüge etc. nicht so ohne weiteres hingehen lassen, sondern dabei ein gewichtiges Wortlein mit sprechen wird. Und nur weil sie das Eingreifen der Arbeiterorganisation fürchten, nur deshalb und nicht etwa aus Humanitätsgründen, haben die Herren so beschlossen. Famos ist besonders die Nachbemerkung zur No 13, die die Scharfmacher im rosafarbenen Lichte erscheinen lassen will. Bei den Herren liegt wirklich nicht am nicht Scharfmacher sein wollen, sondern in diesem Falle am nicht Scharfmacher sein können.

Mannheim. Die Firma J. Reichert Söhne Amst. Güterbeförderer führte schon öfters Klagen darüber, daß ihre Kutscher immer so abstoßend gegen sie seien, im Verhältnis zu den Leuten anderer Betriebe, wo die Kutscher für ihren Prinzipal durchs Feuer gehen. Wir wollen der Deffenlichkeit hiermit einen Beweis liefern, warum ein gegenseitig harmonisches Verhältnis bei der Firma unmöglich ist. In den letzten Wochen erlaubte sich die Firma verschiedenen Kutschern folgende Abzüge zu machen. Dem Kollegen B. zog die Firma für einen abhanden gekommenen Kranenkuhl 45 Mk., ab. Die Holle wurde nachts von der Nachpartie geladen und am anderen Morgen von dem Kollegen P. in die Stadt gefahren, wo es sich beim Abladen herausstellte, daß das Kollie fehlte. Dem Kollegen U. zog die Firma 13,65 Mk. ab für einige Kollie Email, das beim Transport im Monat August beschädigt und der Firma überwiesen wurde, ab. Es geniert die Firma nicht nach fünf Monaten dem Kollegen das beschädigte Geschirr abzugeben und letzteres für sich zu behalten. Erst als es U. versangte, stellte man es ihm zur Verfügung. Dem Kollegen B. wurde für Kaffee 19 Mk. abgezogen. B. hatte das Recht, daß ihm von einem Pferde, das hinter seinem Gespanne stand, ein Kaffeeballen angekniffen wurde. Dem Kollegen K. wurden 10 Mk. abgezogen, davon 5 Mk., weil ihm ein Pferd den Lannenbaum abgerissen hatte und 5 Mk. weil er ein Faß Wein von 3 Ztr. die Treppe an einem Hause ganz hinauf machte und sich dabei an der Treppe ein Stein splitter losgelöst hatte.

Dem Kollegen A. wurden 10 Mk. für nassen Kaffee abgezogen. Grund: Schlechte Waagenbede. Es ist auch möglich, daß ihm die Firma die 10 Mk. abgezogen hat, weil es an dem betreffenden Tage den ganzen Tag geregnet hat.

Den Kollegen L. u. G. wurden dem ersten 5 Mark, dem letzteren 20 Mk. abgezogen, beide Kollegen haben bis heute noch keinen Aufschluß geben können, warum ihnen das Geld abgezogen worden ist.

Der Kollege M. fuhr am 31. 12. morgens 1/1 Uhr von Mannheim mit einer Fuhr Möbel fort. Am 30. 12. war M. beschäftigt bis abends 9 Uhr, er ging dann nach Hause, reparierte sich, ging wieder in den Stall machte seine Pferde fertig und fuhr um 1/1 Uhr nach Hockenheim. Von Hockenheim kam er am 31. 12. (Schneefestabend) um 7 Uhr zurück, er hatte eine 37 stündige Arbeitszeit hinter sich, und glaubte nun mal am Neujahrsmorgen auszuschlafen zu können, da ja genügend Leute vorhanden waren, die auch seine Pferde pflegen können. Die Firma zog ihm für das Vergehen 4 Mk. ab.

Dies sind die Vorkommnisse der letzten 14 Tage und nun müet die Firma ihren Kutschern zu noch Lust und Liebe zu ihrem Geschäfte zu empfinden. Wir glauben, dies ist des Guten zu viel verlangt. In anderen Betrieben trifft man solche Zustände nicht,

darum auch das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Unsere Kollegen haben bei der Firma Reichert Klauton stehen, die Firma bemüht sich die Klauton, um den Klautern, wenn ihnen mal ein Unglück zustoßt, den dadurch entstehenden Schaden glatt abzugeben. Sie bestimt sogar die Unversehrtheit, gar nicht lange zu fragen, wie sich der Fall zugezogen hat, ob wirklich den Klauter eine Schuld trifft, oder nicht. Man macht den Klauter verantwortlich, wenn er info. ge schlechter Wagenbeden nasse Ware an die Geschäfte abliefern, man macht ihn verantwortlich wenn er ein Kollt irgend in ein Haus verfährt und sich ein Schaden an einer Treppe bemerkbar macht, man macht ihn verantwortlich wenn ihm ein Kollt vom Wagen gestohlen wird, trotzdem macht man ihn zur Ausgabe, sein Geschäft zu verlassen und die Kundschaft in den Häusern zu bedienen, so daß das Geschäft auf längere Zeit ohne Aufsicht auf der Straße steht, denn Begleitmannschaften für Klauter, wie in anderen Städten üblich ist, kennt man in Mannheim nicht. Man zieht dem Klauter sogar Wagenreparaturen ab. Wir werden uns das Verhalten der Firma zur Klauter nehmen und dementsprechend handeln. Möge die Firma es nicht eines Tages bereuen, was sie sich schon an ihrem Personal veründigt hat, denn alles hat ein Ende, unsere organisierten Kollegen werden sich auf die Dauer nicht so behandeln lassen.

München. Nachträgliches vom Möbeltransportarbeiterstreik. Am 26. September v. J. fand in der Borchstraße ein Einzug statt, bei dem Streikbrecher die Arbeit besorgten. Es kamen Streikende hinzu, worauf eine Kauferei entstand, bei der einige Arbeitswillige Schläge auf den Kopf und ins Gesicht bekamen. Die Schutzleute, die telefonisch herbeigerufen worden waren, zerkleinerten die Menge und stellten die Ordnung wieder her. Drei „Möbelstähler“ hatten sich nun wegen dieser Kauferei — die, wenn sie von den Streikenden provoziert worden wäre, mit keinem Wort beschönigt werden würde — vor dem Schöffengericht zu verantworten. Während die geschlagenen Arbeitswilligen sich nicht entschuldigen können, daß einer der drei Angeklagten sich unter den Angeklagten befand, und der Möbeltransporteur, der doch sicher auf seine Arbeitswilligen schaute, als Zeuge behauptet, daß nach seiner Überzeugung keiner der Angeklagten an der Kauferei beteiligt war, erklärte ein Mann, der zufällig am Möbelwagen vorbeigegangen war, daß er einen Angeklagten als Mittäter erkenne. Das Gericht verurteilte daraufhin den einen Angeklagten wegen Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis und alle drei wegen Übertretung strafpolizeilicher Vorschriften zu je 4 Wk. Geldstrafe.

Neustadt o. S. Einmal ist es auch hier gelungen für unsere Organisation festen Fuß zu fassen. In zwei stark besuchten Versammlungen referierte der Gauleiter über den notwendigen gewerkschaftlichen Zusammenschluß aller Arbeiter, insbesondere aber unserer Bräuerkollegen. Nebenbei wurde über die Arbeitszeit, Wochenlöhne von 10 bis 12 Mk. gezahlt, Lebensmittel, Wohnräume, Feuerung, kurz alles, was teuer und steigt fortwährend im Preise, die Löhne sind jedoch die alten geblieben. Es ist gar kein Wunder, daß Not und Elend in den Familien herrscht. Hier müßte man sich ganz energisch aufraffen und durch Zusammenschluß im Deutschen Transportarbeiterverband eine Besserung zu erstreben suchen.

Es kann und darf aber auch dem denkenden Arbeiter nicht gleichgültig sein, welcher Vereinnahmung er anhängt. Nicht in „Christlichen“ oder „Kirch-Dunderschen“ Harmonie- und Duldbereitungen solle man Mittels werden, sondern nur in einer freien Gewerkschaft, die ernstlich befreit ist, die Lebenslage ihrer Mitglieder zu bessern.

Man solle sich auch die Arbeitgeber zum Bilde nehmen und entsprechend handeln. Die schließen sich alle in nur einem Verbands zu einem, ganz gleich, ob Christ oder Jude. Nur dem ohnehin als einzelnen schwachen Arbeiter suchen christliche Demagogen einzureden, wean einer anderen Weltanschauung müsse man sich „zerpflücken“. Das liegt doch keineswegs im Interesse der Arbeiter, sondern nur im Interesse der Arbeitgeber. Man folge also diesen Demagogen nicht. Die Kollegen sollen aber auch Vertrauen auf ihre eigene Kraft gewinnen einig sein und dadurch dem Arbeitgeber das Abmüdigende suchen, was er ihnen bisher freiwillig nicht gewährte.

In der Diskussion meldeten sich eine ganze Anzahl zum Wort, um die ganze Miere, in der sie leben müssen, zu befrachten, und sich mit dem endlichen Zusammenschluß im Deutschen Transportarbeiter-Verband durchwegs einverstanden zu erklären. Das Resultat war, daß 23 Kollegen dem Verbands beigetreten sind.

Bei der Firma Beck wurden 3 Kollegen zwar gemaskiert, doch wird das Gewerbegericht, welches sofort angerufen wurde, den betreffenden Herrn wohl so lehren, daß es mit der alten Herrlichkeit zu Ende ist — die darin bestand, mit den Arbeitern so aufzuspielen, wie mit förmlichen Sklaven. Auch der Gütervorsteher, auf dem Staatsbahnhofe glaubt er es als seine Aufgabe betrachten zu müssen, den Klautern und Arbeitern bei dem bahnamtlichen Spediteur zu lauern, daß sie keine Güter aufsteuern oder abholen dürfen, wenn sie Mitglieder im Deutschen Transportarbeiterverband werden. Gemach, Herr Vorsteher! — Das kühnert Sie gar nicht, und die Kollegen, werden Sie überhaupt nicht fragen, wo und wann sie von ihrem geschlichem Recht Gebrauch machen wollen, sich zu vereinigen, wo es ihnen gefällt. Kümtern Sie sich um Ihre Angelegenheiten und nicht um die der Transportarbeiter in Neustadt.

Den Kollegen aber rufen wir zu, laßt Euch durch solche Maßregeln nicht stören, werbt fleißig neue Mitglieder für den Verband, damit es auch hier einmal

besser wird. Sagt diesen Herren: Ihr habt satt zu essen, — wir jedoch nicht, und deshalb schließen wir uns zusammen. Die Parole muß lauten: Jeder Kollege muß Mitglied des Deutschen Transportarbeiterverbandes werden! — Das Eis hat getracht, sorgt dafür, daß es auch bald bricht.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Diebenhöfen. In unserer letzten Versammlung am 8. Januar hielt der Gauleiter einen m. B. Beifall aufgenommenen Vortrag über den Wert der Organisation. Gerade die jetzige Wirtschaftskrise müsse jedem Kollegen klar vor Augen führen, daß ihm niemand helfe, sondern daß die Befreiung der arbeitenden Klasse sein eigenes Werk sein muß. Nur der Zusammenschluß aller in einem großen mächtigen Verband biete Garantie für eine Bessergestaltung der überaus traurigen Verhältnisse unserer Kollegen auch in Diebenhöfen.

Es wurde sodann noch die Ortsverwaltung gewählt und zwar Kollege Winter als Bevollmächtigter, Kollege Julien als Kassierer und Kollege Jung als Schriftführer. Hoffentlich sei die neue Ortsverwaltung alles daran, um auch in Diebenhöfen recht bald vorwärts zu kommen. Alle Kollegen müssen gewonnen werden. Das ist das Ziel, was wir erstreben.

Erlangen. In der Generalversammlung am 12. Januar gab Kollege Klaus aus Nürnberg bekannt, daß die Verwaltung der Erlanger Zählstelle zu vollster Zufriedenheit seitens des Bauvorstandes gearbeitet hat. Der Bevollmächtigte Marthel erstattete den Bericht der Ortsverwaltung. Es wurden 12 Mitglieder-Versammlungen und 4 Besprechungen abgehalten. Kollege Klaus gab den Kassenbericht bekannt, welcher einstimmig angenommen wurde. Die Wahl der Vorstandschef ergab, daß die alten Mitglieder wieder einstimmig gewählt wurden. Als Revisor wurde Hofmann neugewählt, welcher auch dem Koll. Marthel beistimmen soll.

Landau i. d. Pf. Unsere Versammlung am 12. Januar war gut besucht, auch ein guter Geist herrschte in derselben. Nach einem recht instruktiven Referat des Gauleiters wurden noch verschiedene gesellschaftliche Angelegenheiten erörtert und dann die recht sachlich verlaufene Versammlung geschlossen. Den indifferenten Kollegen aber möchten wir hier noch zurufen, schließt euch uns an, damit wir endlich auch hier die Sonntagsschwarzerei und das ganze Nachfahren, das oft 3-4 Tage und Nächte ununterbrochen auf der Landstraße herumziehen, wegrängen. Kollegen! Wir können es erreichen, wir können es recht bald fertig bringen, aber nicht durch Wille, wo man 1.50 Mk. Eintritt bezahlen muß, wie bei den Herren Hausbesitzer, sondern durch massenhaftes Eintreten für menschenwürdige Zustände. Auf mit neuem Mut an die Arbeit!

Neuenhütten. In der Mitglieder-Versammlung am 9. d. Mts. referierte der Gauleiter über die politische Lage, zugleich die Rechtlosigkeit der preussischen Staatsbürger geltend machend. Nach kurzer Diskussion gab der Kassierer die Quartaabrechnung, welche seitens der Revisoren als richtig bestätigt wurde. Die Wahl zur Ortsverwaltung gab folgendes Resultat: Bevollmächtigte Bawler und Seifert, Kassierer Jabel, Revisor Kaffierer Bawler und Schumann, Schriftführer und Revisor Geisler, Sperling und Schumann. Kartellbelegierte: Schwede, Seifert, Scholz. Nach Auforderung zu reger Agitation erfolgte Schluß der Versammlung.

Meerane. In der am 9. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Bevollmächtigte den Jahresbericht. Rechner führte aus, daß sich im vergangenen Jahre schwierige Lohnkämpfe abspielten, die mit dem Siege der hiesigen Transportarbeiter endeten. Der Bericht ließ erkennen, daß im alten Jahre viel Mühe und Arbeit gewesen, daß aber auch der Mühe Preis nicht ausgeblieben ist. Der Bevollmächtigte fordert ferner die Kollegen auf, sich zahlreicher an den jeden zweiten Donnerstag im Monat stattfindenden Monatsversammlungen zu beteiligen. Hierauf gab der Kassierer, Kollege Richard Fiedler, den Kassenbericht vom 4. Quartal. Der Einnahme von 65.78 Mk. steht eine Ausgabe von 514.66 Mk. gegenüber, somit bleibt ein Kassenbestand von 140.12 Mk. Auf Antrag wurde dem Kassierer Dehrgange erteilt. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen neu bzw. wiedergewählt: August Hofmann als 1. Bevollmächtigte, Emil Seifert als 2. Bevollmächtigte, Richard Fiedler als Kassierer, Bruno Gebel, Schriftführer, Hugo Unruh, Kurt Hofmann und Louis Teubert als Revisoren, Richard Fiedler und Joseph Wundt als Revisoren des Gewerkschaftskartells. Nach kurzen Ausführungen des Gauleiters wurde die Bewegung bei der Firma Beckel als beendet erklärt.

Die Adresse des Bevollmächtigten ist: August Hofmann, Meerane, Breitestr. Nr. 51. Die Adresse des Kassierers: Richard Fiedler, Chemnitzstr. Nr. 39. Dasselbst wird auch Reiseunterstützung ausgezahlt.

Neuenhütten. In unserer Mitglieder-Versammlung wurde nach Aufnahme mehrerer Kollegen die Beitragserhöhung zur Sprache gebracht. Nach einer gründlichen Aussprache wurde die Verwaltung beauftragt, das weitere zu veranlassen und der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten. In einer Vorstandssitzung, an der auch der Kollege Wagner aus Hamburg teilnahm, wurde beschlossen, ein Mitteilungsblatt herauszugeben, um den Kollegen über die Beitragserhöhung Aufklärung zu verschaffen. Es wurde ferner

beschlossen, den 50 Pf.-Beitrag der Versammlung zu empfehlen.

In der nächsten Versammlung referierte ein Hamburger Kollege. Er führte den Kollegen den Zweck und Nutzen der Beitragserhöhung vor Augen. Hierauf stimmten die Kollegen der Erhöhung im Prinzip zu! Um nun auch jedem Kollegen die Gelegenheit zu geben, sein Votum abzugeben, wurde beschlossen, eine Urabstimmung vorzunehmen und hierzu 5 Kollegen gewählt. Die Urabstimmung ist sehr gut ausgefallen. Es wurden im ganzen 88 Stimmen abgegeben, davon mit Ja 83 und mit Nein 5 Stimmen. Nicht abgestimmt haben 8 Kollegen. Somit wird damit ab 1. Januar der Beitrag 50 Pf. betragen. Mögen nur die Kollegen, die in der Minderheit geblieben sind, sich der Majorität fügen und trotzdem treue Mitglieder bleiben. Denn vereinzelt sind wir nichts, vereint sind wir alles.

Birmasens. Unsere letzte Versammlung am Sonntag, den 12. Januar 1908, war gut besucht, etwas sehr seltenes für Birmasens. Der Gauleiter sprach über die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und betonte an der Hand zahlreichen Materials, daß allein durch die organisierten Arbeiter die Krisen abgeschwächt und nach und nach ganz beseitigt werden können. Durch eine planmäßige Regelung der Produktionsweise, was natürlich nur in der sozialistischen Gesellschaft möglich ist, dürfen die in der kapitalistischen Produktionsweise liegenden Krisen beseitigt werden. Der Vortrag wurde von den Kollegen gut aufgenommen. Zum zweiten Punkt, Neuwahl der Ortsverwaltung, nahm Kollege Benner das Wort. Er erklärte, daß es nicht an der jetzigen Ortsverwaltung gelegen habe, daß wir nicht besser vorwärts gekommen sind, sondern an den einzelnen Kollegen selbst. Er könne jedoch konstatieren, daß nunmehr wieder mehr Leben unter die Kollegen komme und daß wir demgemäß im 1. Quartal 1908 bessere Fortschritte machen werden. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1907 weise eine kleine Zunahme auf, obgleich wir erst zwei Monate kassiert haben. Die dann vorgenommene Neuwahl ergab die Ortsverwaltung des Kollegen Benner (Bevollmächtigter), Kollege Beder (Kassierer) und Seiber (Schriftführer). Zu Revisoren wurden die Kollegen Marten und Tropp gewählt. Zu Unterkassierern die Kollegen Brämer und Bollmacher. Als Kartellbelegierte die Kollegen Schneider und Benner. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, recht fleißig mit zu arbeiten, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Allgemeines.

Bericht über die Frequenz der Berliner Verbandsbibliothek. Durch die natürliche Vergrößerung der Berliner Verwaltungsstellen im Jahre 1906/07 ist die Inanspruchnahme der Bibliothek seitens der Kollegen in diesem Jahre eine ganz besonders große gewesen.

Die Bibliothekskommission sah sich deshalb genötigt, zu einer bedeutenden Vergrößerung unserer Bibliothek ihre Zustimmung zu geben, und so umfasst jetzt unsere neue Zentralbibliothek laut des Anfangs Februar 1908 erscheinenden Kataloges ca. 3000 Bände. In dieser Zahl eingeschlossen ist der Bücherbestand der Verwaltungsstelle II und I mit ca. 1500 Bänden.

Somit gilt der vorliegende Jahresbericht nur für die bis jetzt offen gewesene Bibliothek der Verwaltungsstelle II.

Der Bücherbestand 1905/06 umfaßte noch 1200 Bände, während der jetzige Bestand nur 900 Bände beträgt.

Die so stark gestiegene Leserzahl in den beiden letzten Jahren hat dazu beigetragen, daß ca. 300 Bücher entzogen werden mußten und ist die Vergrößerung der Bibliothek gerade zur rechten Zeit vorgenommen worden.

Entliehen wurden in diesem Jahre 5513 Bücher und zwar:

A. Rechtswissenschaft und Gesetze	1906	1905	1904
B. Sozialwissenschaft und Sozialwissenschaft	50	51	33
C. Sozialismus und Sozialdemokratie	222	196	153
D. Gewerkschaftsbewegung	296	215	258
E. Geschichte	49	39	37
F. Geographie und Reisebeschreibungen	691	665	755
G. Naturwissenschaft u. Philosophie	183	247	295
H. Zeitschriften	404	260	295
I. Kassierer, Dramaturgie und Dichtung	361	655	533
J. Unterrichtswesen und Jugendschriften	256	240	222
K. Romane und Unterhaltungsliteratur	163	80	120
Summa	2938	2800	2354
	5513	4948	4985

Die Leser der Bücher vertellen sich auf die Weise wie folgt:

Gausdiener, Bader usw.	453
Kassierer	128
Spezialisten und Lagerarbeiter	602
Weinbrennerarbeiter	6
Mineralwasserarbeiter	8
Leitgerüstbauer	24
Leinwandarbeiter	10
Baderinnen	19
Straßenbahner (Verwaltung III)	19
Droschkensführer (Verwaltung IV)	49
Jugendabteilung	67
Summa	1385

Die Vergrößerung der Arbeitsnachweislokalitäten, Engländer 15, brachte auch die so notwendig gewordene Vergrößerung der Bibliotheksräume. Aus diesem

Gründe mußte vom 15. März bis 15. April die Bibliothek geschlossen bleiben. Da es beschlossene Sache war, die Bibliothek bedeutend zu vergrößern, so wurde die Umzugperiode vom Bibliothekar zur Renovierung des alten Bücherbestandes benutzt, und die etwas stark geleiehen Bücher, besonders die, deren Inhalt zweifelhafter wie das Neueste war, außer Dienst gebracht.

Für Ueberschreiten der Leihzeit wurden im Jahre 1907 an Strafzetteln 100 Mk. vereinnahmt.

Zu den obigen beiden Tabellen ist zu bemerken: 149 Arbeiter mehr als Handelsarbeiter haben im Jahre 1907 die Bibliothek benutzt, was eigentlich den alten Traditionen nicht entspricht, da wir sie in den letzten Jahren das umgekehrte Zahlenverhältnis kennen konnten.

Die Gruppe der Hausdiener stellt aber dafür den stabilsten Leserkreis, und zwar haben die drei eifrigsten Leser 42, 35, 30 Bücher im Laufe des Jahres geliehen.

Nur ein Arbeiter, der 38, und ein Kutscher, der 22 Bücher geliehen hat, können von den anderen Brantchen als die fleißigsten mit gelten.

Daß die Bibliothek von unseren Kollegen nicht so stark benutzt wird, wie die Bibliotheken der anderen Gewerkschaften, liegt an den leidigen wirtschaftlichen Verhältnissen, worunter ein großer Teil unserer Kollegen zu leiden hat. Ein Hindernis der Fortbildung ist nicht nur die zu lange Arbeitszeit, sondern auch die manchmal mehr wie schlechten Wohnungsverhältnisse zwingen so manchen Kollegen, auf die eigene Weiterbildung zu verzichten.

Von allen Literatursachern unserer Bibliothek erfreute sich die Roman- und Unterhaltungsleser einer liebevollen Berücksichtigung, leider aber nicht immer einer sehr tiefen Behandlung, sonst hätten wir nicht so viel Bücher austangieren brauchen.

2338 Romane und Novellen sind entliehen worden; als nächst hohe Zahl ist Geschichte mit 691 Bänden und mit 404 Bänden naturwissenschaftliche Werte zu bemerken; im Verhältnis zu ersterem erscheint deren Benutzung recht winzig, was recht bedauerlich ist.

Interessant ist, daß die gelesenste Autorin Clara Wiebig auf 9 vorhandene Bände 132 Leser aufzuweisen hatte. Als nächstgelesenster Schriftsteller ist Zola zu nennen, auf dessen 48 Bände 561 Leser kommen. Dann folgen Daudistin und Wille mit 29 und 27 Lesern auf 1 Buch, Tolstoi mit 204 Lesern auf 21 Bücher.

Den Lesern, die sich für die „Freien Stunden“, C. Wiebig, Rosseger, Turgenjoff, Gorki, Gher-Schewach zc. interessiert haben, werden wir in der neuen Bibliothek eine besonders reichliche Auswahl von Werken zur Verfügung stellen.

Eine merkwürdige Erscheinung ist noch bei den Lesern der Geschichtswerte festzustellen; sehr stark scheint unsere Kollegen die Drenfus-Angelegenheit zu interessieren, welche 57 und 72 mal ausgeliehen wurden.

Debes Frau, Bernstein, Wommel, Bloz, Zimmermann, Schloffer haben es kaum auf die Hälfte der obigen Zahl von Lesern gebracht. Führende Geister wie D. Strauß, Sittner, J. Stern, David, Nobel, Wächner scheinen von unseren Kollegen vollständig hochnotuliert zu sein.

Die Organisation, die ihren Mitgliedern hier einen Schatz von Wissen zur Verfügung gestellt hat, darf wohl erwarten, daß dieser Schatz auch reiche Zinsen trägt. Es ist wirklich nicht sehr erhaben, wenn unter 35 000 Mitgliedern nur 1385 Personen vorhanden sind, die das Bedürfnis haben, sich weiter zu bilden und Aufklärung zu verschaffen. Das muß in der nächsten Zeit viel, viel besser werden.

Beim Entleihen von Büchern ist die Bibliotheksordnung genau zu beachten. Geöffnet ist die Bibliothek an Wochentagen von 8-6 Uhr; Freitag bis 9 Uhr abends. Wenn der Freitag ein Feiertag ist, so bleibt die Bibliothek an dem vorhergehenden Mittwoch bis 9 Uhr abends geöffnet.

Berlin. In der „Nationalzeitung“, dem Berliner nationalliberalen Organ, lesen wir:

Arbeiter als Schöffen. Ein bisher wenig beachteter Grund für die Notwendigkeit, den Schöffen und Geschworenen Diäten zu gewähren, wird in einer Zuschrift an die „Warmer Zeitung“ angeführt. Es wird erzählt, daß in Barmen — was sehr erfreulich und für andere Städte nachahmenswert ist! — Arbeiter in größerer Zahl als Schöffen bestellt worden sind, und zwar handelt es sich dabei stets nur um Führer der Sozialdemokratie. Diese Erscheinung wird, offenbar durchaus zu treffend, damit erklärt, daß die Arbeiter im allgemeinen nicht in der Lage seien, ein solches Ehrenamt anzunehmen, weil sie nicht auf den durch Ausübung des selben ihnen entsprechenden Arbeitsverdienst verzichten könnten. Aber gerade unter der sozialdemokratischen Elite gibt es viele, die besser gestellt sind, sei es, daß sie es zu einem Posten in der Partei, ihrer Gewerkschaft oder der allgemeinen Ortsorganisation gebracht haben, oder ihr erlerntes Handwerk vertauschen mit der Stellung als Buchhalter, Verkäufer oder Lagerhalter in ihren Konsumgenossenschaften. Diesen Männern ist es möglich, Klementen als Schöffen oder Geschworenen anzunehmen. Die Verhältnisse werden sich im Laufe der Jahre natürlich immer mehr zugunsten der Sozialdemokratie auszuwickeln und den Führern weitere Gelegenheit geben, ihren Einfluß im Volke zu mehren. Es beleuchtet diese Tatsache wieder einmal zur Evidenz, wie schlecht beraten der Bundesrat war, als er erst kürzlich wieder den Antrag auf Einführung von Diäten für Schöffen und Geschworene rundweg ablehnte. Die Bestätigung der sozialdemokratischen Führer mit solchen Klementen muß natürlich aus Gründen der Gerechtigkeit grundsätzlich gebilligt werden. Die

Erfahrungen mit solchen Schöffen sind auch durchweg nur gute. Aber wenn die Regierung und gewisse Parteien ihrerseits nicht wollen, daß die Arbeiter-Schöffen lediglich aus den sozialdemokratischen Reihen kommen, dann werden sie endlich die Einschätzung der Schöffen selbst heraufzuführen müssen.

Es scheint zu dümmern. Zeit ist's auch.

Ein gefundenes Fressen für die preussische Reaktion. Es hat sich wirklich ein „modernes“ Gewerkschaftsblatt gefunden, das mit den Herren um Malowik und Lüttiquanti einer Meinung ist. Der Buchdruckerkorrespondent tut den Wahlrechtstämpf der preussischen Arbeiterschaft durch eine kurze Notiz in seiner Mundschau ab und bemerkt in dieser zur Straßendemonstration der Proletarier:

„Wir vermögen in Straßendemonstrationen, wie schon vor zwei Jahren betont, nicht das Mittel zu erblicken, um das veraltete und reaktionäre Dreiklassenwahlsystem zu beseitigen.“

Ganz recht. „Das Mittel“ dürften die Demonstrationen gewiß nicht sein, aber ein Mittel, und zwar wie die praktische Erfahrung lehrt, ein recht wirksames. Es muß indes auch Klänge geben, die der preussischen Reaktion durch solche ebenso ungeheuerliche wie nutzlose Bemerkungen Wasser auf die klappernden Mühlen liefern. Die deutsche Sozialdemokratie würde diesen findigen Leuten gewiß dankbar sein, wenn sie ihr das unfehlbare Mittel angeben würden, das schneller und besser als alle Demonstrationen zum Ziele führt. Also heraus damit, ihr Weisen aus dem hellen Sachsenlande!

Literarisches.

Im Verlag von J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart sind soeben nachstehende Novellen erschienen:

Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften. Von Adolf Braun. Preis auf gehftet 75 Pf., in Leinwand gebunden 1,- Mk. Vereine erhalten bei direkter Bestellung eine wesentliche Preisermäßigung.

Es fehlt bisher an einer vom Standpunkt der modernen Gewerkschaften geschriebenen, leicht verständlichen und für die Agitation verwertbaren Schrift über das Wesen und die Bedeutung der Tarifverträge. Diese Lücke in unserer Literatur versucht die vorliegende Arbeit auszufüllen; es erscheint um so dringlicher, als wir eine große Zahl von Arbeitern aus andern Lagern über die Tarifverträge besitzen. Man ersieht hieraus das starke Bedürfnis, sich über Wesen und Bedeutung der Tarifverträge zu unterrichten, um sich für die Kämpfe der Arbeiter um Tarife zu wappnen auch die beste Vertretung der Unternehmer-Interessen zu sichern. — Möge die Braunsche Schrift, die sich die Aufgabe stellt, den Arbeiter-Interessen zu dienen, freundliche Aufnahme finden.

Geschichte des Sozialismus in Frankreich. Von Paul Louis. Aus dem Französischen übertragen und mit Anmerkungen versehen von Hermann Wendel. Preis broschiert 2 50 Mk., geb. 3 Mk.

Der Uebersetzer sagt über das Buch in seiner Vorrede u. a.:

„Mit der Uebertragung dieses Buches glaube ich einem Bedürfnis entgegenzukommen. In der Tat verfolgt das deutsche klassenbewusste Proletariat den Vormarsch der sozialistischen Arbeiter Frankreichs mit einer Anteilnahme und einer Spannung, wie den kein anderer proletarischer Partei. Daß dieser Anteilnahme nicht in allen Fällen die Sachkenntnis entspricht, liegt einmal an den durchaus nicht einfachen und klaren Verhältnissen des französischen Sozialismus, wie auch daran, daß eine zusammenfassende Darstellung der politischen Arbeitbewegung Frankreichs in deutscher Sprache nicht existierte. Ein Buch, das die Wurzeln und Verzweigungen des französischen Sozialismus h. pflegen will, dürfte also wohl willkommen sein.“

„Möge die Uebersetzung dazu beitragen, die Bande internationaler Waffenbrüderschaft zwischen der deutschen und der französischen Arbeiterklasse, die durch ein paar bunte Grenzfähle getrennt, aber durch eine ganze Welt verbunden sind, noch enger zu knüpfen.“

Die Philosophie Spinozas. Von J. Stern. Dritte, stark verbesserte Auflage. Preis broschiert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

Die ununterbrochene Nachfrage nach diesem Buch hat den Verfasser zu einer gründlichen Durchsicht des Textes veranlaßt. Dabei ist eine Reihe von Verbesserungen und Erweiterungen angebracht worden, wodurch das Buch, das ein geschlossenes, philosophisches System auf der Grundlage des Spinozismus und zugleich eine Erläuterung des letzteren vorstellt; allgemein verständlicher und leicht lesbar geworden ist.

Die „Kommunale Praxis“, Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, erscheint ab 1. Januar 1908 in bedeutend erweitertem Umfange. Preis für das Quartal 3 Mark.

Durch die Erweiterung ist es der Redaktion mehr als bisher möglich, alle wichtigen Ereignisse auf dem Gebiete der Kommunalpolitik gebührend zu würdigen.

Der Kreis der Mitarbeiter ist im letzten Jahre erheblich erweitert worden und wird auch weiterhin ausgedehnt werden. Im neuen Jahrgang soll eine Reihe der wichtigsten Probleme aus der Arbeiterpolitik und der Wirtschaftspflege der Gemeinden von hervorragenden Sachkundigen behandelt werden; der für preussische Gemeinden wichtige und bedeutungsvolle Uebergang zu einer Neuordnung der Schulverhältnisse wird Gelegenheit zu einer eingehenden Darstellung dieser Verhältnisse bieten; die Jahrhundertfeier der Einführung der Steinchen Städteordnung wird durch historisch-kritische Untersuchungen ihre Würdigung in-

den. Daneben werden wir der Darbietung brauchbaren Materials durch Abdruck von Musterstatuten, Ortsgesetzen usw. auch fernerhin unsere besondere Aufmerksamkeit widmen. In dieser Beziehung rechne die Redaktion wie früher auf die dankenswerte Mithilfe ihrer Leser in Stadt und Land. Durch die Ausgestaltung der Zeitschrift wird sie unentbehrlich für alle diejenigen, die ein besonderes Interesse an der Verwaltung der Kommunen haben.

Von der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ Berlin, das 1. Heft erschienen. Es behandelt die **Verhütung und Heilung des Stotterns.**

Das Heft bietet weit mehr, als der Titel besagt. In einer mit fünf Abbildungen ausgestatteten Einleitung gibt der Herausgeber einen kurzen Abriss der gesamten Lehre von der Stimme und Sprache, eine Beschreibung der stimmbildenden Organe und der verschiedenen Mundstellungen bei der Bildung von Vokalen und Konsonanten. Er schildert ferner die Sprachstörungen und die Entwicklung der Sprache beim Kinde.

In den folgenden Kapiteln: Die ersten Anfänge des Stotterns, Welcher Mittel bedient sich das Kind, um nicht als Stotterer erkannt zu werden?, Wie behandelt wir das stotternde Kind bei den ersten Anfängen des Leidens?, Welches ist das geeignetste Heilverfahren? teilt dann der Verfasser, selbst ein gebellter Stotterer, seine bei der Erziehung jedes Kindes von jedem Vater und jeder Mutter zu beherzigenden Erfahrungen mit. Wir zweifeln nicht daran, daß diese Ausführungen, die den tiefen Blick des Verfassers in das Seelenleben der Stotterer und das warme Mitgefühl mit denselben verraten, gerade in ihrer ungeschminkten Einfachheit den Arbeitern willkommen sein und die nötige Beachtung bei Eltern und Erziehern finden werden.

Jedes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek kostet 20 Pf.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Preussischen Parteitagess ist im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienen. Verhandelt wurden auf diesem Parteitage: Die Organisation in Preußen. — Die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Die Landtagswahlen 1908. — Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. — Selbstverwaltung und Gemeinde.

Wir empfehlen das Protokoll, das reichhaltiges Material zur Beurteilung der preussischen Staatsverhältnisse darbietet.

Der Preis für die gute Ausgabe beträgt 2 Mk., eine billige Ausgabe für Vereine zc. kostet 50 Pf.

„In Freien Stunden.“ Von dieser Wochenschrift, die von der Buchhandlung „Vorwärts“ herausgegeben wird, liegen die ersten beiden Hefte des neuen Jahrganges vor. Wir bitten unsere Leser für diese den Arbeitern und ihren Familien gewidmete Zeitschrift zu agitieren. Probehefte zum Auslegen in den Versammlungen zc. liefert jede Parteibuchhandlung oder der Verlag: Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68.

Alle diese Schriften können durch unsere Buchhandlung „Courier“ bezogen werden.

Briefkasten.

Gera. Auf Maschinenschrift-Manuskripten muß mindestens eine Zwischenzeile freier Raum bleiben. Die Abition der Mitgliederzahl nach Wachen ergibt in Summa 198, statt 188, wie darunter steht, oder 188 und 8, wie darüber steht. Welche Ziffer ist nun richtig? D. N.

Mitteilungen des Vorstandes.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen auf das dringendste die zur Fertigstellung des Jahresberichts nötigen Fragebögen und Berichtformulare zc. umgehend einzusenden. Eine große Anzahl Verwaltungsstellen steht noch mit dem Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung im 4. Quartal 1907, und dem Material über die im vergangenen Jahre zum Abschluß gelangten Lohnbewegungen aus. Ueber letzteres ist den betr. Ortsverwaltungen eine Spezialanfrage zugegangen, und bitten wir das darin Verlangte schnellstens zu erledigen.

Abhanden gekommen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Fritz Ziemer, Opt.-Nr. 60 987 in Jever. Falls dieses Buch vorgezigt wird, ist es anzuhalten und dem Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. N.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Kassierere, Kollegen Carl Kasper, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Verwaltungsstelle Essen und Umgegend.

Von jetzt ab befindet sich unser Verbandsbüro in dem Neubau der Essener Arbeiter-Zeitung, Grabenstr. 67, 11, Telefon 1778. Geöffnet morgens von 11-1 Uhr, abends von 6-8 Uhr. Freitag abends bis 10 Uhr. Auszahlung von Unterstellungen finden nur Freitags nachmittags von 6-10 Uhr statt.

Von jedem Wohnungswechsel ist sofort dem Büro Mitteilung zu machen. Die Ortsverwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Franz Rettig, Berlin. Verlag der Buchhlg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Klabertstr. 37.

➔ An die Kollegen aus sämtlichen Branchen! ➔

Unsere Arbeitsnachweise befinden sich für die Kollegen Hausdiener, Packer etc.:

Alte Leipzigerstraße 1 (Eingang Raules Hof). Telefon: Amt 1, 2632.

Für die Kollegen Transportarbeiter, Deutscher, Automobilfahrer, Mineralwasserarbeiter, Fräseputzler, Fensterputzer, jugendliche Arbeiter, Lauf- und Arbeitsburschen:

Engel-Ufer 15. Telefon: Amt 4, 3348.

Es ist unbedingt Pflicht eines jeden Kollegen in der jetzigen stillen Zeit, jede ihm bekannt werdende Stelle, vor allem die, wo er selbst aufhört, dem zuständigen Arbeitsnachweis sofort mitzuteilen.

➔ **Vergeßt nicht unsere arbeitslosen Kollegen!** ➔

Verwaltung Berlin I.

Mitglieder der Verwaltungsstelle I. (Verein Berliner Hausdiener.)

Büro und Kasse: Adlerstraße 5, v. 1.
Telephon: Amt 1, 4981.

Bei allen Zuschriften an die Verwaltung muß die genaue Buchnummer angegeben werden.

Bei Gesuchen um Unterstützung etc. ist das Mitgliedsbuch mit beizulegen.

Die Auszahlung der Kranken-, Sterbe- sowie sonstigen Unterstützungen erfolgt nur in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Krankmeldungen werden ebenfalls nur während dieser Zeit entgegengenommen.

Der Arbeitsnachweis für Hausdiener, Packer, Fahrstuhlführer, Radfahrer und Kassenboten etc., befindet sich nach wie vor **Alte Leipzigerstraße 1** (Eingang Raules Hof).

Telephon Amt 1, 2632.
Pflicht jedes Kollegen ist es, jede ihm bekannt werdende Stelle schnellstens entweder per Telephon oder schriftlich zu melden.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, ihre Wohnungsänderungen dem Bureau sowie den Bezirksführern sofort zu melden, auch mit Angabe der alten Wohnung und Buchnummer.

Wir ersuchen die Kollegen, nach § 3, Abs. 6, des Verbandsstatuts sowie § 8 des Vereinsstatuts, nicht länger wie 10 Wochen mit Ihren Beiträgen im Rückstand zu bleiben. Um für das Jahr 1907 eine glatte Kassenführung abschließen zu können, ersuchen wir die Kollegen dieses zu beachten, damit ihnen ihre statutarischen Rechte nicht verlustig gehen.

Mit dem 1. Juli 1907 traten die von der Generalversammlung beschlossenen Statuten-Änderungen in Kraft. Danach hat in Zukunft jedes Verbandsmitglied einen Streikfondbeitrag von 30 Pfennig pro Quartal zu entrichten.

Mitglieder der Verwaltungsstelle I. **Alpen-Fest**

am **Sonntag, den 25. Januar 1908**, in den **Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain** **Am Friedrichshain 14-23.**

Die Ballmusik wird von einer Original Bayerischen Landler-Kapelle ausgeführt.

Wickets sind zu haben bei den Distriktsleitern, Bezirks- und Betriebsleitern, sowie im Bureau, Adlerstraße 5.

Preis 50 Pfennig.

Hausdiener u. Packer aus der Leinen-, Baumwoll-, Textil-, Manufaktur-, Stoff- u. Konfektionsbranche.

Am **Mittwoch, den 5. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr**, in den **Musikerkäfen, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.**

Große Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Georg Davidsohn: „Der Stegung des Organisationsgedankens“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Als Antwort auf das Vorgehen des organisierten Unternehmertums gegen unsere Organisation in ganz Deutschland muß es unsere Aufgabe sein, die Reihen unseres Verbandes immer mehr und mehr zu stärken, um so den Angriffen der Arbeitgeber gestützt und geschlossen einen stärkeren Widerstand entgegenzusetzen zu können. Aufgabe eines jeden Kollegen muß es sein, jederzeit für die Organisation zu werben und derselben neue Mitglieder zuzuführen. Kollegen aus obengenannten Branchen, erscheint zahlreich zu diesem hochinteressanten Vortrage, um zu beweisen, daß der Gedanke der Organisation unter den Handelshilfsarbeitern mannhaltig vorwärts schreitet trotz der Anstrengungen der vereinigten Unternehmer im Handelsgewerbe. Kollegen, agitiert unermüdetlich für eure Berufsorganisation. Erscheint zahlreich in der Versammlung.

Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Die Sektionsleitung.

Hausdiener und Packer aus der Damenkonfektion.

Am **Montag, den 27. Januar 1908, abends 9 Uhr**, findet bei **Engel, Seydelstr. 30**, eine

Branchen-Versammlung

statt. Da in dieser Versammlung wichtige Organisationsfragen besprochen werden sollen, ist das Erscheinen sämtlicher Berufskollegen unbedingt erforderlich.

Die Sektionsleitung.

Kollegen aus der Glas-, Porzellan- und Beleuchtungsbranche.

Am **Mittwoch, den 29. Januar, abends 9 Uhr**, bei **Engel, Seydelstr. 30**,

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Paul Werthmann über: „Modernes Raubrittertum“. 2. Diskussion. 3. Ausgabe der Fragebogen betr. Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Branche. 4. Branchenangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß niemand der Versammlung fernbleibt. Erscheint alle, keiner darf fehlen!

Die Sektionsleitung. J. U. G. Bergens.

Vertrauensmänner aus den Papier- und Pappen-Engros-Geschäften.

Am **Montag, den 10. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr**, im **Total von Carl Spät, Blumenstr. 20**:

Sitzung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Sektionsleitung. 2. Geschäftliches. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Bei der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist es notwendig, daß die Kollegen Vertrauensleute erscheinen. Auch ist es Pflicht der Kollegen obiger Branche, rege zu agitierten in den Betrieben, wo kein Vertrauensmann ist oder die Organisation überhaupt keinen Inhalt hat, denn in dieser Versammlung sollen die Fragebogen zwecks Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Branche ausgegeben werden.

Die Sektionsleitung.

NB. Unsere Monats-Versammlung findet am **Sonntag, den 16. Februar 1908, vormittags 10 Uhr**, in **Franke's Festhale, Sebastianstr. 39**, statt.

Mehreres durch Handzettel.
Die Ortsverwaltung.

Voranzeige!

Hausdiener, Packer.

Am **Montag, den 3. Februar, abends 9 Uhr**,

Große Versammlung

Tages-Ordnung:

„Welche Lehren ziehen wir aus der Lohnbewegung der in Warenhäusern tätigen Kollegen.“
Referent: Kollege Oswald Schumann.

Zutritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches.

Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verwaltung Berlin II.

Achtung! Mitglieder aus allen Branchen!

Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß alle diejenigen Mitglieder, welche bisher die ihnen zugestellte Fragekarte noch nicht ausgefüllt, dies umgehend zu tun haben und die ausgefüllte Karte auf schnellstem Wege, entweder dem Verbandsbureau, Engel-Ufer 15 Zimmer 13, oder dem Bezirksführer ihres Bezirkes resp. ihrem Vertrauensmann zustellen.

Es wird ferner von den Bezirksleitern lebhaftige Klage darüber geführt, daß ein großer Teil der Mitglieder trotz der wiederholten Aufforderung es verabsäumt, ihre Zeitung (den „Courier“) aus den bekannten Niederlagstellen ihres Bezirkes abzuholen. Wir richten hiermit nochmals die dringende Aufforderung an die Mitglieder, diesem Beschlusse in Zukunft mehr Rechnung zu tragen. Denn unbestreitbar ist unsere Zeitung im wirtschaftlichen Kampfe für uns nur dann eine Waffe, wenn sich ein jedes Mitglied von dem Inhalt derselben rechtzeitig informiert.

In Rücksicht auf die zur Zeit herrschende große Arbeitslosigkeit, ersuchen wir alle Mitglieder, ihre arbeitslosen Brüder und Schwestern nicht zu vergessen und jede Stellung oder Arbeit irgend welcher Art, sei es zur Aushilfe oder für fest, sofort unserem Arbeitsnachweis, Engel-Ufer 15, Zimmer 84, zu melden. Telephon: Amt 4, Nr. 3348. Diese Unterstützung ist die beste, welche wir unseren Arbeitslosen zuteil werden lassen können.

Zimmer 84, zu melden. Telephon: Amt 4, Nr. 3348. Diese Unterstützung ist die beste, welche wir unseren Arbeitslosen zuteil werden lassen können.

Gast- u. Schankwirte Berlins u. Umg.

Unter Bezugnahme des unsererseits im Frühjahr d. J. wiederholt erlassenen Zirkulars betreffend die Kontrolle der Bier- und Mineralwasserlutscher, sowie Milchreier auf deren Organisationszugehörigkeit, wenden wir uns noch einmal von dieser Stelle aus an die Herren Gast- u. Schankwirte mit dem höflichen Ersuchen, die Kontrolle von Zeit zu Zeit zu wiederholen, indem sie jeden Lagerbier-

Beibier- und Mineralwasserlutscher, sowie Milzfahrer, der bei ihnen abfahlet, resp. liefert, nach der braunen Legitimationskarte fragen. Diese Karte ist nur dann gültig, wenn sie jeden Monat ordnungsmäßig mit unserem Verbandsstempel abgestempelt ist.

Mitglieder aus allen Branchen.

Gleichzeitig ersuchen wir diejenigen Mitglieder aus allen Verwaltungsstellen, welche hier zum Selbstfüllen von den Jungbierfahrern beziehen, die Betreffenden ebenfalls nach der Legitimationskarte zu fragen.

Man, besonders bitten wir unsere Kollegen Kutscher aus allen Branchen und alle diejenigen Mitglieder, welche viel in Schanklokalen verkehren, auf die Organisationszugehörigkeit der in denselben liefernden Bier- und Selterwasserlutscher, sowie Milzfahrer zu achten und die Betreffenden in geeigneter Weise auf die Notwendigkeit der Organisation hinzuweisen.

Ortsverwaltung Berlin II.

Kollegen u. Kolleginnen aller Branchen.

Sonntag, den 26. Januar 1908, abends 6 1/2 Uhr

Große Versammlung mit Frauen

in Etzins Gesellschaftshaus, Memelerstraße 67.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Otto Franke: „Wen wir in einem Rechtsstaat?“ 2. Diskussion. 3. Mitteilung.

Nach der Versammlung geistliches Beisammensein und Tanz.

Wir erachten es als Ehrenpflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, für einen wirklich guten Besuch der Versammlung Sorge zu tragen zu wollen.

Mit kollegialem Gruß

Die Bezirksleitung.

Speicherarbeiter, Getreideträger, Schipper etc.

Am Donnerstag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 84 (Arbeitsnachweis):

Große Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Sektionsleitung. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Sektionsleitung. 4. Geschäftliches.

Einen zahlreichen Besuch erwartet

Die Sektionsleitung.

Wäschekutscher aus allen Betrieben Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 26. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Große Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Es ist Pflicht der organisierten Kollegen, für einen guten Besuch zu sorgen und die unserer Sache Fernstehenden mitzubringen.

Die Sektionsleitung.

Fraisen-, Hobelwerks- und Schneidmühlkutscher sowie Hilfsarbeiter.

Unsere allgemeine Versammlung findet Umständehalber nicht am 27. Januar, sondern Montag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 3) statt.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Sektionsleitung. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Sektionsleitung. 4. Geschäftliches.

Bei der wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen eines jeden Kollegen unbedingt notwendig.

Die Sektionsleitung.

J. U. S. Birke.

Kolleginnen und Kollegen aus Ober- und Nieder-Schöneweide.

Am Sonntag, den 9. Februar, abends 6 Uhr:

Große Versammlung mit Frauen

bei Kaufhold, Wilhelminenhofstr. 18.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Werner über: „Welches ist die beste Waffe im Kampfe ums Dasein?“ 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Nach der Versammlung: Geistliches Beisammensein.

Einen wirklich zahlreichen Besuch erwartet

Die Bezirksleitung, J. U. A. Bode.

Voranzeige!

Die ordentliche General-Versammlung

findet am Montag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, (gr. Saal), statt.

Tages-Ordnung wird in der nächsten Mitteilungsbeilage bekannt gegeben.

Die Ortsverwaltung Berlin II.

Kollegen der Verwaltungsstelle II.

Sonnabend, den 8. Februar 1908

Große Wiener Maskenbälle

in den Gesamträumen der beiden Lokale 1. „Pharusfale“, Müllerstraße 142, 2. „Moabiter Gesellschaftshaus“, Wickeffstraße 24.

Sonnabend, den 15. Februar 1908

Großer Wiener Maskenball

in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain, Am Königsstor.

Die Ballmusik wird von starken Doppelpopeln ausgeführt.

Sonnabend, den 15. Februar 1908

Großer Wiener Maskenball

in den Gesamträumen der J. Großmanns Konzert- und Ballsäle, Kreuzburgstraße 48.

Sonnabend, den 15. Februar 1908

Große Wiener Maskenbälle

in den Gesamträumen der beiden Lokale in Nixdorf, 1. Thiers Festsäle, Bergstr. 151/152, 2. „Karlsgarten“, Karlsgartenstraße 6/11.

Sonnabend, den 15. Februar 1908

Großer Wiener Maskenball

in den Gesamträumen des Lokals „Prälaten“ Weikense, Lehderstraße 122, Ecke Königschauffee.

Die Ballmusik wird von starker Kapelle ausgeführt.

Allen Lokalen Anfang 8 Uhr.

Demaskierung 12 Uhr.

Billets à 50 Pf. sind zu haben im Verbandsbureau, in allen Zahlstellen, bei sämtlichen Bezirksführern und Betriebskassierern.

Um zahlreichen Zuspruch bittet

Die Ortsverwaltung.

Verwaltung Berlin IV.



Verein der Droschkenführer Berlins u. Umgegend. Mitgliedschaft IV des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Am Sonnabend, den 22. Februar ex., abends 9 Uhr, in den „Neuen Arminhallen“, Kommandantenstraße 58-59,

Gr. Strandfest im Freibad Wannsee.

Im unteren Saale: Große Reunion. :: :: ::

Im oberen Saale: Großer Strandfesttrubel.

Alles Nähere die Billets und Plakate.

Anfang 9 Uhr.

Billet 50 Pf.

Billets sind zu haben in den Zahlstellen, bei den Vorstandsmitgliedern sowie im Büro, Schillingstraße 6.

Der Festausschuß.



Bekanntmachung.

Die ordentliche General-Versammlung des Vereins der Droschkenführer Berlins und Umgegend (Mitgliedschaft IV des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes) findet am Donnerstag, den 30. Januar d. J., abends 9 Uhr, im „Gesellschaftshaus Berliner Musiker“, Kaiser Wilhelmstraße 18 m, statt.

Die Tages-Ordnung ist folgende:

1. Geschäfts- und Kassenbericht pro 1907, sowie Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des Vorstandes

und der Revisoren. 3. Beratung eventuell gestellter Anträge.

Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte ist vorzuzeigen. Wer mit seinen Beiträgen 10 Wochen im Rückstand ist, hat keinen Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Berliner Lokales.

Am Montag, den 13. d. Mts., ist ein Droschkenführerhut (Berliner) gefunden worden, und kann derselbe bei Otto Hirth, Nixdorf, Reuterstr. 11, abgeholt werden.

Am Sonntag, den 12. d. Mts., früh, ist in der Flensburgerstraße, Nähe des Bahnhofes, ein Blechfutterkübel gefunden worden. Abzuholen bei Otto Suter, Bankstraße 45 a.

Eine Pferdedecke, braun mit roten Streifen versehen, ist unlängst in der Chausseestraße zwischen Kessel- und Schwarzkopfstraße gefunden worden, und kann dieselbe bei Hermann Schneidet, Genterstr. 6, Hof 2. Tr., abgeholt werden.

Ferner ist am Sonntag, den 12. d. Mts., ein Plaid gefunden worden, und kann dasselbe im Restaurant Pariserstraße 14, Ecke Uhlandsstraße, in Empfang genommen werden.

Zigarrenabschnitte sind eingegangen von Herrn Gastwirt Schlausner, Nixdorf, Reuterstr. 74 und von Herrn Krause, Berlin, Weidenweg. Den freundlichen Gebern besten Dank.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf §§ 24 Absatz 2 und 45 Absatz 3 der Droschen-Ordnung vom 16. Februar 1905 und § 7 der Polizeiverordnung, betreffend den Betrieb des Torfuhrwerks vom 10. Dezember 1881, wird hierdurch bestimmt, daß sich die Droschen- und Torwagenlutscher zur Abkempfung ihrer Fahrscheine für das Jahr 1908, unter Vorlegung des Erkennungsschildes, im vorgeschriebenen Dienstzuge, nach den Anfangsbuchstaben ihrer Zunamen geordnet, in nachstehender Reihenfolge im Bureau des Verkehrs-kommissariats am Alexanderplatz, Stadtbahnhof, Eingang 5, Zimmer 76, einzufinden haben.

- Am 28. Januar 1908 die Kutscher von L bis M.
- Am 29. Januar 1908 die Kutscher von Nn. bis Nz.
- Am 30. Januar 1908 die Kutscher von W bis Wz.
- Am 31. Januar 1908 die Kutscher von X bis Xz.
- Am 1. Februar 1908 die Kutscher von Y bis Yz.
- Am 3. Februar 1908 die Kutscher von Z bis Zz.
- Am 4. Februar 1908 die Kutscher von A bis Az.
- Am 5. Februar 1908 die Kutscher von B bis Bz.
- Am 6. Februar 1908 die Kutscher von C bis Cz.
- Am 7. Februar 1908 die Kutscher von D bis Dz.
- Am 8. Februar 1908 die Kutscher von E bis Ez.
- Am 10. Februar 1908 die Kutscher von F bis Fz.
- Am 11. Februar 1908 die Kutscher von G bis Gz.
- Am 12. Februar 1908 die Kutscher von H bis Hz.
- Am 13. Februar 1908 die Kutscher von I bis Iz.
- Am 14. Februar 1908 die Kutscher von J bis Jz.
- Am 15. Februar 1908 die Kutscher von K bis Kz.
- Am 17. Februar 1908 die Kutscher von L bis Lz.
- Am 18. Februar 1908 die Kutscher von M bis Mz.
- Am 19. Februar 1908 die Kutscher von N bis Nz.
- Am 20. Februar 1908 die Kutscher von O bis Oz.
- Am 21. Februar 1908 die Kutscher von P bis Pz.

Berlin den 3. Dezember 1907.

(Gen. 153. III. B. 07.)

Der Polizei-Präsident.

von Borries.